

Wirtschaftsmagazin Pfalz



Beschlüsse der Vollversammlung:
**Resolutionen zu Erbschaftsteuer
und Bürgerbeteiligung**

Seite 28

Wo kommt das Kapital her?

**Finanzierung
Serie Teil 2 von 4**

Seite 32

Wenn zwei sich streiten...

**Der IHK-Schlichtungsausschuss
hilft bei Streitigkeiten**

Seite 44



A 12851 Postvertriebsstück. Engelt bezahlt. Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz.

Breitband – Farbe bekennen!

Fragen an die Landtagsfraktionen



Aus meiner *Sicht*

Farbe bekennen: Was sagen die Parteien?

Ohne flächendeckendes Breitbandnetz drohen wir, den Anschluss zu verlieren.

„Der Atlantik ist trockengelegt“, titelte die Londoner „Times“ am 6. August 1858, nachdem das erste transatlantische Tiefseekabel von Europa in die USA verlegt worden war. Eine Pionierleistung der Ingenieurskunst. Damals wie heute war und ist die Schaffung einer vernetzten Kommunikationsinfrastruktur eine Triebfeder für Fortschritt und Wohlstand. Die Herkulesaufgabe unserer Zeit liegt im Breitbandausbau – leistungsfähige Internetverbindungen entscheiden zunehmend darüber, ob ein Standort zukunftsfähig oder abgehängt ist, ob neue Geschäftsmodelle entwickelt werden können oder ob strukturelle Wettbewerbsnachteile Innovationen verhindern.

Was das Heute vom Damals unterscheidet, ist der Faktor Zeit. Erst 1902, 44 Jahre nach den ersten Erfolgen, wurde die Verkabelung für ein weltumspannendes Telegrafennetz abgeschlossen. Heute muss es um ein Vielfaches schneller gehen. Der

technische Fortschritt verläuft exponentiell. Die aktuelle Studie „Digital Universe“ prognostiziert einen Anstieg des weltweiten digitalen Datenvolumens von 2.837 Exabyte im Jahr 2012 auf 40.026 Exabyte im Jahr 2020, das wären 40.026.000.000.000 Gigabyte. Industrie 4.0, Internet der Dinge – wir stehen vor einem Quantensprung der Technologisierung. Wir müssen jetzt die Weichen für die Zukunft stellen und mit einem Ausbau der Breitbandinfrastruktur die Grundlagen für die Digitalisierung schaffen.

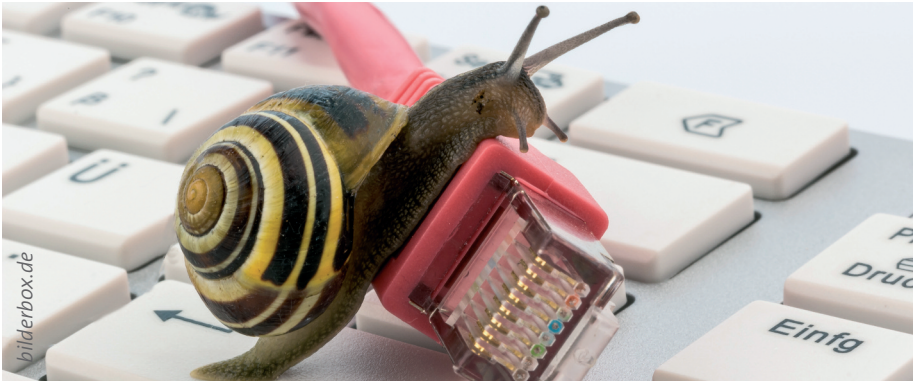
Studien zufolge kann eine zehnpromtente Zunahme der Breitbandversorgung eine jährliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um bis zu 1,5 Prozent bewirken. Doch die Kosten für den Ausbau sind immens. 3,54 Milliarden Euro müssten in Rheinland-Pfalz in ein Glasfasernetz investiert werden, so eine Untersuchung des TÜV Rheinland im Auftrag der Landesregierung. Klar ist: Diese Aufgabe fordert alle: Politik, Wirtschaft und Bürger. Eine landesweite Versorgung mit leistungsfähigem Internet kann nur gelingen, wenn der Ausbau als Gemeinschaftsaufgabe verstanden wird. Klar ist aber auch: Die Landespolitik muss den Rahmen festlegen,

muss gestalten und die Voraussetzungen für Investitionen schaffen.

Wir haben die Parteien des Landtags nach ihren konkreten Vorhaben befragt. Wie sehen die netzpolitischen Sprecher von SPD, Grünen und CDU die aktuelle Entwicklung, welche Anstrengungen sollte und kann das Land unternehmen? Wo werden wir in zehn Jahren stehen?

Eine Sache liegt uns besonders am Herzen: Wir wissen aus unserem engen Kontakt zu unseren Mitgliedsunternehmen, dass bereits heute Firmen in der Pfalz fürchten, ihren Standort wegen unzureichender Internetverbindungen verlegen zu müssen. Welche konkreten Antworten die Parteien auf diese Sorgen und Nöte haben, lesen Sie auf Seite 16.

Willi Kuhn
Präsident der IHK Pfalz



Breitband – Farbe bekennen! Fragen an die Landtagsfraktionen

Die Schaffung einer vernetzten Kommunikationsinfrastruktur ist eine Triebfeder für Fortschritt und Wohlstand. Die Herkulesaufgabe liegt im Breitbandausbau, denn leistungsfähige Internetverbindungen entscheiden zunehmend darüber, ob ein Standort zukunftsfähig oder abgehängt ist, ob neue Geschäftsmodelle entwickelt werden können oder ob strukturelle Wettbewerbsnachteile Innovationen verhindern. Wir haben die netzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen (Martin Haller für die SPD, Pia Schellhammer für Bündnis 90/Die Grünen, und Josef Dötsch für die CDU) um ihre Einschätzung gebeten, was die Politik für ein leistungsfähiges Hochgeschwindigkeitsnetz tun kann und sollte.

Seite 16

Vollversammlung

Die IHK-Vollversammlung hat in einer verkürzten Sitzung zwei Resolutionen zur Erbschaftsteuerreform und zu einer „Bürgerbeteiligung mit Augenmaß“ beschlossen sowie leichten Änderungen der IHK-Wahlordnung zugestimmt. Mit dem ebenfalls beschlossenen Positionspapier „Initiative für den Mittelstand“ unterbreiten die vier rheinland-pfälzischen IHKs der Politik im Vorwahljahr 2015 neun konkrete Forderungen, deren Umsetzung die mittelständische Wirtschaft voranbringen würde. Die Wahl eines neuen IHK-Präsidenten wurde auf einen späteren Termin verschoben.

Seite 28

Themen | Juni 2015

Standpunkt

- 3 | Farbe bekennen: Was sagen die Parteien? Ohne flächendeckendes Breitbandnetz drohen wir, den Anschluss zu verlieren.

Firmenreport

Titelthema

- 16 | Breitband – Farbe bekennen!
Fragen an die Landtagsfraktionen

In eigener Sache

- 28 | Beschlüsse der Vollversammlung:
Resolutionen zu Erbschaftsteuer
und Bürgerbeteiligung

Standortpolitik

- 30 | Nächste Runde:
IHK-Standortumfrage
- 31 | Tourismusnetzwerk

Existenzgründung und Unternehmensförderung

- 32 | Wo kommt das Kapital her?
Serie Teil 2 von 4
- 34 | Steuer-Newsletter

Aus- und Weiterbildung

- 36 | Neuer IHK-Zertifikatslehrgang
- 37 | IHK-Weiterbildung:
Aktuelle Angebote

Innovation, Umwelt und Energie

- 38 | „IT uffm Betze“
- 39 | Designpreis

International

- 40 | Compliance: mehr als nur
„nice to have“
- 42 | Wirtschaftsreise Südamerika

Recht

- 44 | Wenn zwei sich streiten ...
- 46 | Kündigungsschutzklage

Verbraucherpreisindex

34



Finanzierung Serie Teil 2 von 4

Ob mittelständischer Produzent oder kleiner Laden in der Innenstadt: Wenn das Geschäft brummt, braucht man Kapital, um das Unternehmen zu festigen oder zu erweitern. Unsere vierteilige Serie begleitet zwei Protagonisten von der Idee über die Gründung beziehungsweise vom Übernahmezeitpunkt bis zur Unternehmensübergabe nach mehr als 20 Jahren. In vier Phasen werden Fragen nach Finanzierung und Fördermitteln gestellt sowie alternative Möglichkeiten durchleuchtet. Teil 2.

Seite 32

Wenn zwei sich streiten

In Streitfällen die Gerichte bemühen zu müssen, bedeutet für alle Beteiligten eine Strapaze; erst recht, wenn es sich bei den streitenden Parteien um Auszubildende und Ausbildungsbetrieb handelt. Für solche Fälle hat der Gesetzgeber im Arbeitsgerichtsgesetz eine Vorinstanz geschaffen: den Schlichtungsausschuss. Bei der IHK Pfalz ist er die erste Anlaufstelle für Auszubildende und Betriebe bei Unstimmigkeiten während der Ausbildung. Ehrenamtliche Schlichter vermitteln und können in vielen Fällen eine außergerichtliche Klärung herbeiführen.

Seite 44

47 ■ Impressum

■ Neues aus unseren Regionen, aus Rheinland- Pfalz, Berlin und Brüssel

- 48 | Luka Mucic übernimmt
Vorstandsvorsitz des ZMRN e.V.
- 48 | Im Dialog mit der Politik
beim Parlamentarischen Abend
- 49 | Zuwanderung erleichtern

■ Kultur & Genuss zum Schluss

- 50 | Brezelfest in Speyer
- 50 | Pfälzer Pfade
- 50 | Hilfe-App

Ende Juli erscheint das nächste „Wirtschaftsmagazin Pfalz“ als Doppelausgabe Juli-August.

Firmenindex

Aviva Beisel	7
BASF SE	6
Chr. Ufer GmbH	8
Frisch Shop	14
Getränke Südpfalz GmbH	10
Pfaff Industrial	10
Pfalzwerke AG	13
plonsker media gmbh	11
VorsorgeHoch3 GmbH	12
Wolf Bauelemente GmbH	14

Pfalzhotel Asselheim

Im 20. Jubiläumsjahr des „Grand Prix der Tagungshotellerie“ landete das Pfalzhotel Asselheim unter rund 175 Wettbewerbern auf dem vierten Platz der „Ausgewählten Tagungshotels zum Wohlfühlen“. Als einziges Hotel der Metropolregion Rhein-Neckar konnte es sich damit in den Top Ten der Kategorie A (unter 100 Zimmer) platzieren. Der Vier-Sterne-Betrieb an der Deutschen Weinstraße ist seit vielen Jahren eine verlässliche Größe beim „Grand Prix der Tagungshotellerie und hält ebenfalls seit Jahren seinen Platz unter den zehn besten Tagungshotels der Kategorie A.

@ www.pfalzhotel.de

Reisen für Alle

Wirtschaftsministerin Eveline Lemke hat weitere 83 Betriebe aus Rheinland-Pfalz mit dem Zertifikat „Reisen für Alle – Barrierefreiheit geprüft“ ausgezeichnet. Insgesamt dürfen bereits über 320 Betriebe aus Rheinland-Pfalz das bundesweite Siegel tragen. Um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden, ist das bundesweite Zertifikat „Reisen für Alle“ nach verschiedenen Stufen und Zielgruppen gestaffelt. Eine Hilfestellung bietet dazu die Online-Datenbank. Hier kann sich jeder Gast informieren, welches Angebot seinen persönlichen Bedürfnissen entspricht und gut zu ihm passt. Mit fast 500 Betrieben – vom Hotel bis zum Museum – bietet die Datenbank eine große Bandbreite und gute Auswahlmöglichkeiten.

@ www.barrierefrei.gastlandschaften.de/datenbank

WeinAllianz

Die überregionale Vertriebskooperation WeinAllianz GmbH blickt nach eigenen Angaben auf das umsatzstärkste Geschäftsjahr seit Gründung der Gesellschaft im Jahr 2001 zurück. Die Umsatzerlöse der Vertriebsgesellschaft wurden demnach bis zum 31.12.2014 um rund 70 Prozent auf knapp sechs Millionen Euro gesteigert. Insgesamt erwirtschafteten die 14 Vertriebspartner ein Umsatzvolumen von rund 56,4 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung von etwa drei Prozent gegenüber 2013. Trotz eines im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Personalaufwands konnte ein Bilanzgewinn nach Steuern erwirtschaftet werden.

@ www.weinallianz.de

Umsatzplus und Gewinnrückgang

BASF SE



Dr. Kurt Bock, Vorstandsvorsitzender der BASF SE, auf der Hauptversammlung des Chemiekonzerns

Der Chemiekonzern BASF hat im ersten Quartal den Umsatz dank gesteigener Absatzmengen und des schwachen Euro gesteigert. Beim Gewinn musste der DAX-Konzern jedoch Einbußen hinnehmen. Vor allem höhere Steuern, Rückstellungen und Einbußen bei Öl und Gas drückten das Ergebnis.

„Wir haben geschafft, was wir uns vorgenommen haben“, lautete das positive Resümee, das Dr. Kurt Bock, Vorstandsvorsitzender der BASF SE, auf der Hauptversammlung seines Unternehmens vor rund 6.300 Aktionären am 30. April zog. Vor allem das Chemiegeschäft habe sich gut entwickelt. Im Vergleich zum ersten Quartal 2014 nahm der Umsatz trotz eines leicht rückläufigen Absatzes im Chemiegeschäft um drei Prozent auf 20,1 Milliarden Euro zu. Hauptgründe hierfür waren gestiegene Mengen und positive Währungseffekte.

Dagegen sank der Überschuss in den ersten drei Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 19,8 Prozent auf 1,17 Milliarden Euro, wie das Unternehmen mitteilte. Dabei stellten Rückstellungen für ein Aktien-Optionsprogramm von Führungskräften die größte Belastung da. BASF-Aktien haben seit Jahresbeginn mehr als 27 Prozent gewonnen. Der Dax und der europäische Chemieindex legten im gleichen Zeitraum jeweils gut 16 Prozent zu. Der

weltgrößte Chemiekonzern musste angesichts der Kursentwicklung die Rückstellungen für sein Aktien-Optionsprogramm im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 230 Millionen Euro erhöhen. Die Ergebnissteigerungen in den Chemiesegmenten und im Pflanzenschutzgeschäft konnten diese Rückgänge nicht vollständig ausgleichen.

Die stark gesunkenen Öl- und Gaspreise haben im Segment Öl und Gas deutliche Spuren in der Quartalsbilanz hinterlassen. Niedrigere Notierungen für Rohöl und Gas wirkten sich negativ auf die Preise aus. Wegen des stark gesunkenen Ölpreises sind insbesondere die Preise für Basischemikalien gefallen. Das operative Ergebnis (EBIT) vor Sondereinflüssen fiel um sechs Prozent auf 437 Millionen Euro.

Deutliche Gewinnsteigerungen verzeichneten die Chemiesegmente und das Pflanzenschutzgeschäft im Quartal. Besser als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum schnitt auch die Sparte Performance Products ab. Dort produziert BASF Produkte wie etwa Klebstoffe und Pigmente, Inhaltsstoffe für Hautpflegeprodukte und Wasch- und Reinigungsmittel sowie Zusatzstoffe für die Lebens- und Futtermittelindustrie. Das operative Ergebnis (EBIT) vor Sondereinflüssen kletterte um 21 Prozent auf 515 Millionen Euro, die Erlöse legten noch um 4 Prozent auf gut 4 Milliarden Euro zu.

Stark verbessert hat sich der Gewinn auch in der Basischemikaliensparte Chemicals, die von höheren Margen profitierte. Das operative Ergebnis legte um 21 Prozent auf 726 Millionen Euro zu. Wegen rückläufiger Preise ist der Spartenumsatz jedoch um 12 Prozent auf knapp 3,9 Milliarden Euro gesunken.

Für das Gesamtjahr hält die BASF an ihren Zielen fest. „Aus unserer Sicht ist der Start in das Jahr insgesamt gelungen, und wir bestätigen unsere Prognose für das Gesamtjahr“, sagte Bock auf der Hauptversammlung. Demnach werden weiter ein leicht steigender Umsatz (2014: 74,32 Milliarden Euro) und ein Ergebnis auf Vorjahreshöhe (7,36 Milliarden Euro) erwartet. (pmp/red)

@ www.basf.com

Kreativität und Know-how

aviva Beisel GmbH



Holger (links) und Rudi Beisel von aviva Beisel bieten den Kunden Full-Service aus einer Hand an. Dadurch können sie auch auf Sonderwünsche flexibel reagieren.

Die Speyerer Agentur aviva Beisel blickt in diesem Jahr auf 30 Jahre Firmengeschichte zurück. In den Anfängen wurde analog gearbeitet und „per Hand“ lithografiert, erinnert sich Rudi Beisel, der die Firma als Reprotechnik Beisel in Römerberg gründete. Heute ist das Unternehmen mit Sitz in der Innenstadt von Speyer und einem Umsatz von 600.000 Euro als Full-Service-Agentur erfolgreich.

Neben Rudi Beisel setzt Sohn Holger Beisel als Mitgeschäftsführer wesentliche Akzente. Dabei stehen die Bedürfnisse der 150 aktiven Kunden immer im Fokus. Architekten, Einzelhandwerker, Behörden, Parteien, Ärzte, Rechtsanwälte, mittelständische Unternehmen und Finanzdienstleister vertrauen auf die Expertise aus Speyer.

„Wir legen Wert darauf, neueste Technik ganz früh anzubieten“, beschreibt Holger Beisel den Firmenanspruch. Ein großer Meilenstein war bereits 1992 der Schritt in die digitale Arbeit mit der Anschaffung des ersten eigenen „Mac“. Der Einstieg in den Großformatdruck kam zwei Jahre später. Mit dem Umzug ins Industriegebiet Speyer Nord-West 2001 erfolgte die Umfirmierung in aviva Beisel. Als Reaktion auf die geänderten Ansprüche im Markt, mit verringerten Druckauflagen, kam vier Jahre später der Digitaldruck dazu. Seit 2008 verfügt das Unternehmen zusätzlich über einen hochwertigen Latexdrucker. Die verwendeten ökologischen Farben ermöglichten den Einstieg in die Innenraumgestaltung mit Design und Produktion individueller Tapeten oder Vorhänge, beschreibt Holger Beisel. „Das war die erste derartige Maschine im Südwesten“, ist Senior Rudi Beisel stolz. Nach dem Umzug in repräsentative eigene Räume in der Lan-

dauer Straße in Speyer wurde das Portfolio 2011 nochmals erweitert.

Neben den Geschäftsführern arbeiten sechs Mitarbeiter mit am Erfolg. Das Angebot ist vielfältig: Kunden können auf den Full-Service einer Agentur, Werbetechnik (Autobeschriftungen und Schilderdruck), Digitaldruck – auch im Großformat – und eine eigene Galerie mit Einrahmservice und Kunst von Reproduktionen bis zu Originalen bekannter Künstler zugreifen. Vor zwei Jahren hat die Firma die Domo Art-Galerie integriert. Kürzlich haben die Inhaber einen Laser für die Beschriftung und Formung von Glasscheiben, Leder, Filz und Plexiglas angeschafft. Die ersten Versuche mit einer eigenen Produktlinie von Speyer-Souvenirs, Lampen und anderen Einrichtungsgegenständen laufen. Dazu kommt eine T-Shirt-Pressen.

„Wir wollen unsere Kunden komplett und ganzheitlich bedienen“, erklärt Holger Beisel den Hintergrund des großen Angebots. Individuelle Sonderlösungen reizen ihn und sein Team. Darin sind wir stark“, so der 44-Jährige. Ein weiterer Vorteil sei die damit verbundene Flexibilität. Die beiden Geschäftsführer schauen auch im Jubiläumsjahr positiv in die Zukunft. Im vergangenen Jahr hat aviva Beisel rund 60.000 Euro in die Anschaffung des Lasers und den Austausch der verschiedenen Drucker investiert, um den Kunden mit der jeweils neuesten Gerätegeneration noch besseren Service bieten zu können. Ein Tag der offenen Tür ist in Vorbereitung. „Wirklich alles aus einer Hand anbieten zu können, zeichnet uns aus“, betonen Holger und Rudi Beisel. (kahy)

@ www.aviva-beisel.de

John Deere

Im Zuge weltweiter Kapazitätsanpassungen an die mittelfristige Nachfrage wird das John-Deere-Werk Zweibrücken nach Angaben des neuen Geschäftsführers des Werkes Zweibrücken, Linus Baumhauer, zusätzliche Aufträge für Großmähdrescher der S-Serie erhalten. Für das kommende Geschäftsjahr, das bei John Deere am 1. November beginnt, plant das Unternehmen den Bau von zusätzlich 300 Maschinen dieser Baureihe. S-Serie-Mähdrescher, die vor allem in Großbetrieben eingesetzt werden, gelten als Premiumprodukte unter den Erntemaschinen. Laut John Deere ist dieser zusätzliche Auftrag für die Kapazitätsauslastung der Zweibrücker Fabrik und die Beschäftigungssicherung von Vorteil sowie ein Bekenntnis zum Standort Zweibrücken.

@ www.deere.de

TWL

Im Rahmen des Forschungsprojekts Vevide hat die Technische Werke Ludwigshafen AG (TWL) in einem Heizwerk in der Ludwigshafener Gartenstadt eine erste Versuchsanlage gebaut. Dazu wurde ein bestehendes Blockheizkraftwerk umgebaut, sodass es künftig flexibel eingesetzt werden kann. In dem Heizwerk hat TWL zudem eine Power-to-Heat-Anlage errichtet. Diese wandelt Strom in Wärme um, sodass der Überschussstrom aus erneuerbaren Energien genutzt werden kann. Der Vorteil dieser Anlage: Aufgrund des sehr hohen Wirkungsgrades der Erhitzer kann die elektrische Energie nahezu verlustfrei in Wärme umgewandelt werden. Neben TWL sind der Versorger EWR aus Worms sowie die Anbieter virtueller Kraftwerke Deeno Energie AG aus Speyer und SP Energy Control GmbH aus Neu-Bamberg Projektpartner von Vevide. Das Forschungsprojekt wurde vom Land Rheinland-Pfalz gefördert und initiiert.

@ www.twl.de

Vom Gürtler zum Großhändler

Chr. Ufer GmbH, Landau



Seit 2008 ein Dreierteam (v. l. n. r.): Christoph Rinck, Silvia Strack und Christoph Strack lenken die Geschäfte bei Ufer in Landau.

Gefeiert wurde das 225-jährige Jubiläum nicht mit einem rauschenden Fest, das wäre nicht im Sinne der Ufer-Philosophie gewesen. Eine Fachmesse für rund 700 Branchen-Insider symbolisiert schon eher den Geist des Unternehmens, das auf seinem Weg von der kleinen Eisenwarenhandlung zum namhaften Großhändler für Haustechnik, Sanitär und Stahl nie die Bodenhaftung verloren hat. Und auch für die Zukunft stehen die Zeichen für das Geschäftslitungstrio und mehr als 160 Beschäftigte auf solides Wachstum.

Im Jahr 1790 von Johann Gottfried Ufer, seines Zeichens sächsischer Handwerksmeister, und seiner Frau Anna Maria in der Landauer Theaterstraße als Gürtler- und Gelbgießerbetrieb gegründet, stellte man bei Ufer zunächst Schnallen, Spangen und Pferdegeschirre her. Der Handel mit Eisenwaren lief damals nebenbei. Die Kinder des Gründerehepaars teilten das Geschäft später in drei eigenständige Eisenwarenhandlungen auf. Der Urenkel des Firmengründers Robert Ufer und dessen Teilhaber Hans Merkel vereinten 1930 die Geschäfte wieder zu einem Unternehmen: der Firma Ufer.

1948 bekam Ufer familiäre Verstärkung, als Dr. Karl Adolf Strack, der Schwiegersohn Hans Merckels, als junger Diplomkaufmann in die Firma eintrat und sich daran machte, umzubauen und zu modernisieren. Die 50er- und 60er-Jahre standen ganz im Zeichen des Nachkriegswachstums. 1964 erwarb Strack das über 15.000 Quadratmeter große Grundstück „Am Schänzel“ vor den Toren Landaus und ließ ein Großlager mit moderner Technik errichten. Über die Jahre wurde es mehrmals umgebaut und erweitert. Die EDV hielt Einzug, und der Vertrieb konzentrierte sich jetzt ausschließlich auf gewerbliche Kunden aus Handwerk und Industrie. Die Verantwortung für das Unternehmen lag bereits seit Anfang der 80er-Jahre in den Händen von Dr. Hans Christoph Strack und seiner Frau Silvia. Die beiden jungen Diplomkaufleute verfolgten konsequent das Ziel, die Firma weiterzuentwickeln, sie fit und jung zu halten, damit sie im harten Wettbewerb bestehen kann. Sie investierten unter anderem in eine neue Stahlhalle, erweiterten die Lagerkapazitäten deutlich, richteten eine exklusive Badausstellung ein und schufen für die steigende Zahl der Mitarbeiter moderne Büros. In Christoph Rinck fand man 1994 einen jungen Mann, der schnell Verantwortung übernahm und sich mit der Firmenphilosophie identifizierte. 2003 wurde er Geschäftsführer und 2004 Mitgesellschafter. Heute wird das Unternehmen von Silvia Strack, ihrem Sohn Christoph und Christoph Rinck geleitet. In den vergangenen

Jahren investierte das Führungsteam in zahlreiche neue Standorte im Bereich der Haustechnik. Heute ist Ufer auch in Nordbaden mit zwei Abholmärkten und Vertriebsbüros tätig. In Speyer und Pirmasens betreibt man neben Landau zwei weitere repräsentative Badausstellungen. Aber auch die Lager in Landau wurden seit 2010 deutlich erweitert. Noch in diesem Jahr wird für knapp zwei Millionen Euro eine neue Lagerhalle für Stahlprodukte gebaut.

Der Umsatz lag 2014 bei knapp 43 Millionen Euro. Mehr als 160 Beschäftigte, darunter 34 Auszubildende und duale Hochschüler, betreuen die rund 1.700 Fachhandwerkskunden. „Uns bei Ufer ist nicht erst seit der aktuellen Diskussion um den Fachkräftemangel klar, dass man für den sukzessiven Geschäftsausbau auch qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal braucht“, bestätigt Geschäftsführerin Silvia Strack die Ufer-Personalpolitik. „Seit Jahrzehnten bilden wir daher weit über dem bundesweiten Durchschnitt in fünf Berufen (Kaufleute im Groß- und Außenhandel, Kaufleute für Büromanagement, Fachkräfte für Lagerlogistik, Fachlageristen, Fachinformatiker für Systemintegration) und dualen Studiengängen (Bachelor of Arts – BWL/Handel, Bachelor of Engineering – Wirtschaftsingenieurwesen) junge Menschen aus. Viele der heute beschäftigten Mitarbeiter haben schon im Unternehmen gelernt und können auf eine langjährige Betriebszugehörigkeit zurückblicken.“

Zum 1. Januar 2015 ging Ufer eine verbindliche Partnerschaft mit der Unternehmensgruppe Eugen König, Stammsitz Koblenz, ein, die auch Gesellschaftsanteile der Chr. Ufer GmbH übernahm. Von der Partnerschaft versprechen sich beide Unternehmen deutliche Vorteile am Markt: mit mehr als 30 Niederlassungen, Zentrallagern und Abhollagern sowie 14 Fachausstellungen für Haustechnik. Die Kunden profitieren von der Partnerschaft, was Warenverfügbarkeit, vergrößerten Auslieferungsradius sowie Serviceleistungen angeht. „Im Verbund mit der König-Gruppe möchten wir in den kommenden Jahren die Marktposition sowohl im Stahl als auch in der Haustechnik weiter ausbauen“, fasst Silvia Strack die zukünftigen Aktivitäten zusammen. (mara)

 www.ufer.de

www.pfalz.ihk24.de

Die AutorInnen im Wirtschaftsmagazin Pfalz

gb	=	Gerhard Bühler
uc	=	Ulla Cramer
td	=	Tanja Daub
FuH	=	Sabine Fuchs-Hilbrich
ag	=	Andreas Ganter
kahy	=	Katja Hein
kh	=	Kira Hinderfeld
rad	=	Dr. Anette Konrad
pmo	=	Petra Moscato
mara	=	Marion Raschka
pt	=	Peter Thiessen

Fotos sind, soweit nicht anders angegeben, Firmenfotos.

 IHK24.de

Dokument-Nr.: 26517

Flüssige Früchte

Getränke Südpfalz GmbH

Sie sind sprichwörtlich in aller Munde: Postmix-Getränke, eine Mischung aus Sirup und Wasser, finden in der Gastronomie und bei Großverbrauchern immer größeren Absatz. Aufgrund der steigenden Nachfrage hat die Getränke Südpfalz GmbH mit Sitz in Landau reagiert und ihr Online-Angebot ausgeweitet. Der Postmix-Hersteller bietet ein Bag-in-Box-System an, das sich in allen Außenbereichen für eine schnelle Versorgung mit Kaltgetränken einsetzen lässt.

Die Getränke Südpfalz GmbH bündelt in ihrem Portfolio einen Getränkefachgroßhandel auf bundesweiter Ebene, einen Online-Handel sowie die Postmixherstellung. Mit einem europaweiten E-Commerce-Angebot vermarktet das Unternehmen die gesamte Sortimentswelt der Getränke wie etwa Spirituosen, Champagner, Fassbier und alkoholfreie Getränke. Am Standort Landau ist das große Logistikzentrum mit umfangreichen Lager- und Versandkapazitäten angesiedelt, von denen sowohl der Online- wie auch der Offlin Handel synergetisch profitieren.

Über das Online-Portal postmixsirup.de vertreibt der Getränkegroßhändler Postmix-Sirupe für Fruchtsaft- und Limonadenge-tränke aus eigener Herstellung und stellt die dazugehörige Schanktechnik zur Verfügung. Ganz gleich, ob für kleine oder große Gastronomiebetriebe, Systemgastronomie oder Verpflegungsbetriebe – für jeden Bedarf werden maßgeschneiderte Ausschanklösungen angeboten. Und wer nicht gleich ein eigenes Postmixsystem kaufen möchte, kann die Anlage zu individuellen Monatsraten leasen.

Die Postmixanlage bereitet auf Knopfdruck gekühlte Limonaden, Fruchtsaftgetränke und Tafelwasser zu. Diese leichte und schnelle Handhabung erleichtert den Service und entlastet das Personal, ist sich Geschäftsführer Christian Mühlhäuser sicher. Das berge viel Einsparpotenzial gegenüber dem Einsatz von Getränkeflaschen. Die Postmix-Produkte liefert das Unternehmen bundesweit „frei Haus“ - je nach Postleitzahlgebiet innerhalb von 24 bis 48 Stunden. Und da Geschmäcker ja bekanntlich verschieden sind, bietet postmixsirup.de eine Vielzahl an Geschmacksrichtungen in unterschiedlichen Gebindegrößen an. Das Produktportfolio besteht derzeit aus 13 verschiedenen Geschmacksorten, die turnusmäßig produziert werden und dauerhaft verfügbar sind. Darüber hinaus bietet der Getränkegroßhändler weitere 15 Rezepturen, die auf Kundenwunsch produziert werden können. Neben prickelnden Erfrischungsgetränken und diversen Cola-Varianten umfasst das Sortiment auch erfrischende Frucht-

saft- und Fruchstückgetränke für die Hotellerie. Trendgetränke, wie zum Beispiel ein Energy-Drink oder

Kräuterlimonade, runden das breit gefächerte Angebot ab. Der Geschmacksvielfalt und den Kundenwünschen sind keine Grenzen gesetzt, sodass auch spezielle Rezepturen entwickelt und realisiert werden können.

Zu den Favoriten unter den Softdrinks und Fruchtsaftgetränken zählen Cola, Energy Drink, Apfelschorle, Orangen- und Zitronenlimonade. Der Sirup wird sowohl in Form von Bag-in-Box (zehn bis 20 Liter) mit CMB-Anschluss oder im 20-Liter-Kanister zum Nachfüllen von Containern angeboten. Bestückt mit zwei Zehn-Liter-Bags können bis zu 130 Liter gezapft werden. Zusätzlich gewährleistet das geschlossene System höchste Hygiene-Standards bei der Getränkezubereitung und schont die Umwelt durch CO₂- und Energieeinsparung.

Circa 2.000 Kunden konnte PostmixSirup mit seinen Mixgetränken auf Knopfdruck bereits gewinnen, vor allem aus den Bereichen Gastronomie, Hotellerie, Diskotheken, Krankenhäuser und Betriebskantinen. Und da der Durst auf spritzige Erfrischungsgetränke vor Ländergrenzen keinen Halt macht, liefert postmixsirup.de seine Produkte auch in zahlreiche europäische Ländern, wie etwa Österreich, Spanien, Griechenland, Schweiz, Niederlande, Tschechien, Polen, Rumänien und Frankreich. postmixsirup.de ist also auf nachhaltiges Wachstum programmiert. Da Erfolg aber leider nicht auf Knopfdruck kommt, arbeiten die kundenorientierten Mitarbeiter und professionelle Schanktechniker tagtäglich daran, das Unternehmen weiter voranzubringen. (pmo)

 www.postmixsirup.de/

Fusion mit KSL Keilmann

PF AFF Industrial

Ende März haben die PF AFF Industriesysteme und Maschinen GmbH und die KSL Keilmann Sondermaschinenbau GmbH fusioniert. Das Unternehmen wird in Zukunft von drei Geschäftsführern geleitet und gehört zu 100 Prozent zur ShangGong (Europe) Holding Corporation GmbH.

Während PF AFF Industrial zur Traditionsmarke in der Automatisierungstechnik von näh- und schweißtechnischen Prozessen geworden ist, hat KSL in den vergangenen Jahrzehnten die Führung bei der automatisierten Verarbeitung von technischen Textilien, Leder und Composites übernommen und bedient mit dem Bau von Sondermaschinen und Anlagen verschiedene Wirtschaftszweige. Nun wird unter dem bestehenden Namen des Kaiserslauterer Industriemaschinenherstellers „PF AFF Industriesysteme und Maschinen GmbH“ neu firmiert.

Laut Marketingmanager Martin Schmidt möchten die Verantwortlichen noch stärker am Markt agieren und mit dem Know-how beider Marken die Innovationsführung der Produkte ausbauen und nachhaltig stärken. Weiterhin habe man es sich zum Ziel gesetzt, die beiden Standorte Lorsch und Kaiserslautern gestärkt aus der Verschmelzung hervorgehen zu lassen.

Die neue Firmierung wird in Zukunft mit Cornelia Mast, Robert Keilmann und Yongwu Chen drei Geschäftsführer haben, die sich um alle Unternehmensbelange bemühen. Die ehemalige KSL Keilmann Sondermaschinenbau GmbH wird fortan als „Niederlas-



sung KSL“ im Unternehmen geführt und nach wie vor Hightech-Maschinen, Sondermaschinen und Anlagen entwickeln, konstruieren und fertigen. Die Fertigung von Matratzenanlagen wurde bereits von Altenburg nach Kaiserslautern verlegt. (red)

 www.pfaff-industrial.de

Zwei Preise gewonnen

plonsker media gmbh

Das Landauer Filmproduktionsstudio plonsker media gmbh hat beim Worldmediafestival 2015 für zwei Produktionen einen intermedia-globe in Gold und Silber gewonnen und sich damit gegen zahlreiche Konkurrenten aus aller Welt durchgesetzt.

Den „intermedia-globe-Gold“ gab es für zwei Animationsfilme, die für die Wormser Firma Renolit SE produziert wurden und gemeinsam den ersten Platz in der Kategorie „internal safety“ belegt haben. „Renolit ist bei der Umsetzung unserem Konzept einer sogenannten Schiebeanimation gefolgt, bei der gezeichnete Illustrationen per Hand unter der Trickkamera verschoben werden. Zusammen mit einer elektronischen Trickbearbeitung, einem Sprecher und entsprechender Musik ergibt das eine traditionell anmutende, aber hochmoderne Form eines Animationsfilms“, erklärt Filmproduzent Plonsker die Machart der Animationsfilme.

Den „intermedia-globe-Silver“ gab es für die Produktion „Zukunftszone“, die im Rahmen einer bundesweiten Aktion der Berufsgenossenschaft realisiert wurde und Auszubildenden Tipps gibt, wie man rückschonend arbeitet. Der Film, für den bei mehreren Unternehmen in Rheinland-Pfalz gedreht wurde, wurde bundesweit an fast allen Berufsschulen verteilt.

Das Worldmediafestival ist Deutschlands führendes Filmfestival für Industrie- und Unternehmensfilme. Für das Festival 2015 wurden Filme aus 40 Ländern und allen fünf Kontinenten eingereicht. (red)

 www.plonsker.de

www.pfalz.ihk24.de

Ihr Firmenreport

Im Firmenreport des Wirtschaftsmagazins gibt die IHK Pfalz ihren Mitgliedern Gelegenheit, ihr Unternehmen kostenlos mit einem redaktionellen Beitrag vorzustellen. Voraussetzung ist ein entsprechender Anlass wie zum Beispiel eine Neugründung, ein Jubiläum oder eine große Investition.

Haben Sie Interesse? Ihre Ansprechpartnerin ist Petra Moscato, Tel. 0621 5904-1205, petra.moscato@pfalz.ihk24.de.

 IHK24.de

Dokument-Nr.: 12861

Maßgeschneiderter Versicherungsschutz

VorsorgeHoch3 GmbH

Auf mehr als 25 Jahre Berufserfahrung im Versicherungsvertrieb schauen Patrick Marioneck und Michael Habermann zurück. Sie sind die Geschäftsführer der VorsorgeHoch3 GmbH in Zweibrücken. Das 2010 gegründete Unternehmen entwickelte die Beratungssoftware VH3 für Versicherungsvermittler, die die drei Schritte Beraten, Vergleichen, Verkaufen verbinden soll.

Bereits zweimal in Folge wurde die Softwarelösung VH3 der Zweibrücker Firma VorsorgeHoch3 GmbH mit dem Eisenhut-Award für Vertriebssoftware ausgezeichnet, der vom Versicherungsmagazin in Kooperation mit dem Verband deutscher Versicherungskaufleute (BVK) sowie dem Bankmagazin und Kubi e. V. ausgeschrieben wird. Zudem platzierte sich die Beratungssoftware beim Innovationspreis-IT 2015 der Initiative Mittelstand unter mehreren hundert Bewerbern in der Kategorie „Branchensoftware“ länder- und branchenübergreifend unter den 20 Besten.

„Das ist der verdiente Lohn für das gesamte Team“, freut sich Patrick Marioneck, geschäftsführender Gesellschafter der Firma. „Es zeigt zudem, dass wir auf dem richtigen Weg sind und im derzeit stattfindenden Wandel der Versicherungsbranche, ausgelöst durch den Verbraucherschutz und die gesetzlichen Änderungen, die richtigen Maßnahmen zur Unterstützung der Vermittler gefunden haben. Unsere Produkte sind aus der Praxis für die Praxis. Wir sehen uns zudem als Netzwerk und nicht zwingend als reiner Dienstleister.“

„Wir“- das sind er und sein Partner Michael Habermann, der ebenfalls als Gesellschafter und Geschäftsführer fungiert, sowie zwei Assistenzen und weitere neun Personen, die unter dem Namen „BrainActivIT“ die Software entwickeln. Insgesamt seien täglich 15 Mitarbeiter in Vollzeit an dem Projekt beteiligt.

„VH3 ist ein Beratungs- und Vergleichsprogramm für die Versicherungsbranche“, erläutert Marioneck den Nutzwert der Software. Sie wird vom Berater im Kundengespräch eingesetzt und ermöglicht ihm mit den einzelnen Werkzeugen einen roten Faden von der Kontaktaufnahme über die Motivation bis hin zum fertigen Geschäft.“ Die verschiedenen Module können die Arbeiten des Beraters erleichtern und beschleunigen, ihn aber auch fachlich wie verkäuferisch unterstützen. Für den Endverbraucher stehe unterm Strich ein für ihn maßgeschneidertes Produkt. Er werde nämlich in den Beratungsprozess mit all seinen Wünschen und Bedürfnissen integriert, deutlich auch auf mögliche Nachteile von Produkten hingewiesen und genieße zudem noch die Sicherheit durch ein von Rechtsanwälten geprüftes Konzept. Für die entsprechende Rechtssicherheit in VH3 sorgt die Rechtsanwaltskanzlei Michaelis aus Hamburg, mit der die VorsorgeHoch3 GmbH eine Kooperation eingegangen ist. Ebenso ist die Firma in ein Netzwerk von großen Maklerpools und weiteren Branchenspezialisten eingebunden.

VH3 begleitet die Sparten Private Krankenversicherung, Krankenzusatzversicherung (Modul KV), Beitragssicherung (Modul BS) zur Senkung der Beiträge im Alter und seit Mai 2015 ganz neu die Sparten Berufsunfähigkeitsversicherung, Altersvorsorge und jede



Das Team der VorsorgeHoch3 GmbH feiert die Auszeichnung.

Art von Risikoabsicherung im Bereich der Lebensversicherung (Modul LV). Dass das Produkt gut bei der Zielgruppe ankommt, steht außer Zweifel. „Ich bin begeistert, dass man mit dem Programm endlich einmal weg vom Preis kommt und die Leistung im Vordergrund steht, die der Kunde selbst definieren kann ...“, schreibt ein User auf der VH3-Homepage.

Marioneck und Habermann haben die Firma ursprünglich als spezialisierte Versicherungsmakler gegründet. Zusammen blicken sie auf 25 Jahre Erfahrung im Versicherungsvertrieb zurück. Heute werde in erster Linie die Software VH3 entwickelt. „Diese Entwicklung umfasst auch die unabhängige Analyse und das Rating von Versicherungsprodukten“, so Marioneck. „Durch dieses Know-how beraten wir Versicherungsunternehmen bei der Produktgestaltung und werden als externe Referenten zu Schulungszwecken gebucht. Die Tätigkeit als Versicherungsmakler spielt nur noch eine untergeordnete Rolle.“

Seit der Einführung der Software im Februar 2013 könne die Firma steigende Lizenzzahlen verzeichnen. „Bezüglich der Einführung des fast schon revolutionären LV-Moduls können wir uns vor Anfragen kaum retten“, staunt Marioneck über den Run, der sich auch in den Umsatzzahlen dokumentiert. „Seit Gründung der Firma hat sich der Umsatz stetig nach oben entwickelt.“ Zu den Investitionen führte der Geschäftsführer aus, dass „wir immer so viel wie nur möglich ins Geschäft stecken. Nur wer investiert, wird Fortschritte machen und erfolgreich sein“. Gleiches gelte auch für das Produkt an sich. In diesem Jahr stehe deshalb der weitere Ausbau der Software im Vordergrund. (pt)

@ www.vh3.de

www.pfalz.ihk24.de

Wirtschaftsmagazin online

Das Wirtschaftsmagazin Pfalz steht Ihnen auch online auf unserer Homepage zum Download zur Verfügung.

Partner im Netzwerk
IHK24.de

Dokument-Nr.: 26160

Umsatzrückgang durch schrumpfenden Energiemarkt

Pfalzwerke Aktiengesellschaft

Der Energieversorger Pfalzwerke in Ludwigshafen hat im Vorjahr einen leichten Umsatzrückgang verzeichnet. Laut Vorstand ist dies auf einen hart umkämpften Energiemarkt zurückzuführen. Bei der Hauptversammlung zeigte man sich trotzdem optimistisch und kündigte weitere Investitionen in Erneuerbare Energien an.

Laut Jahresabschluss der Pfalzwerke gingen im Konzern die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 10,8 Millionen Euro auf 1.571 Millionen Euro leicht zurück. Das Betriebsergebnis der Pfalzwerke verbesserte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr allerdings um 12,2 Millionen Euro auf 68,7 Millionen Euro. Entwicklungen, die nach Angaben des Pfalzwerke-Vorstands trotz eines kompetitiven und schrumpfenden Energiemarktes eine starke operative Performance des Konzerns zeigen. Das operative Ergebnis lag dementsprechend mit 70,3 Millionen Euro 21,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Während der Abschluss der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit 29,4 Millionen Euro auf Vorjahresniveau lag, betrug der Bilanzgewinn des Konzerns im vergangenen Jahr 21,7 Millionen Euro. Im Jahr 2014 waren bei den Pfalzwerken insgesamt 1.114 Mitarbeiter in 39 Gesellschaften beschäftigt – ein Anstieg von 30 Arbeitsverhältnissen gegenüber 2013. Die Umsatzerlöse der Pfalzwerke Aktiengesellschaft gingen 2014 um 13,8 Millionen zurück. Die Materialaufwendungen wiederum entwickel-

ten sich im Berichtsjahr analog zu den Umsatzerlösen. Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses sowie des Steueraufwandes weist das Unternehmen einen Jahresüberschuss von 9,6 Millionen Euro aus – 8,5 Millionen Euro weniger als 2013. Dieser Rückgang resultiert laut Pfalzwerke-Vorstand Werner Hitschler aus Belastungen durch den massiv gestiegenen Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen sowie einem über dem Vorjahr liegenden Steueraufwand. Trotz dieser Entwicklung wird eine Dividende von sechs Euro je Stückaktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Während 2014, bedingt durch eine milde Witterung und ein wachsendes Energiebewusstsein, bundesweit ein Verbrauchsrückgang in Sachen Strom und Gas von 14 Prozent zu vermelden gewesen sei, habe der Rückgang bei den Pfalzwerken „lediglich“ drei Prozent betragen – damit sei es dem Unternehmen gelungen, in einem geschrumpften Gesamtmarkt deutlich Marktanteile hinzu-zugewinnen.

Zusammen mit ihren Tochtergesellschaften hat die Pfalzwerke AG im vergangenen Jahr umfangreiche Aktivitäten im Bereich des Netzausbaus entfaltet und sich mit Projektpartnern in öffentlich geförderten Forschungsprojekten engagiert. Des Weiteren nahmen im vorigen Jahr Projektierung und Bau von Windkraftanlagen einen noch größeren Stellenwert im Geschäftsfeld ein. Investitionen in Sachen erneuerbare Energien soll es auch in Zukunft geben; dazu zählt die Umsetzung von Projekten in den bereits beschlossenen Wachstumsfeldern Fotovoltaik, Windenergie und Energiedienstleistungen. *(red)*

 www.pfalzwerke.de

Sicherheit im Fokus

Wolf Bauelemente GmbH



Vor 25 Jahren wagten der Tischlermeister Gerhard Wolf und seine Frau Christiane den Sprung in die Selbstständigkeit. Heute ist das Wachenheimer Unternehmen vor allem für Privatkunden und Architekten ein kompetenter Ansprechpartner beim fachgerechten Einbau von Türen, Fenstern, Garagentoren und Sonnenschutz.

An Bauelemente werden heute große Anforderungen gestellt, weiß Geschäftsführerin Christiane Wolf, wobei vor allem das „Zusammenspiel“ von Fenstern, Sonnenschutz und Außendämmung von großer Bedeutung ist. „Nur wenn die Dämmung als Verbund funktioniert, lässt sich beispielsweise Schimmelbildung vermeiden“, berichtet die Wachenheimerin, die gemeinsam mit ihrem Mann seit 2000 regelmäßig junge Leute zum Kaufmann oder zur Kauffrau für Bürokommunikation beziehungsweise Büromanagement ausbildet. „Auch Wintergärten sind bauphysikalisch gesehen eine durch-

aus komplizierte Erweiterung der vorhandenen Bausubstanz, deren Einbau eine entsprechend sorgfältige Planung voraussetzt.“ So ist vor allem Gerhard Wolf regelmäßig in der Metropolregion Rhein-Neckar unterwegs, um die Kunden vor Ort zu beraten. Eng ist auch die Zusammenarbeit mit zahlreichen Architekten, die gerne auf das Know-how von Wolf Bauelemente zurückgreifen.

„Ein wichtiges Thema in Zusammenhang mit Neubauten und Sanierungen ist selbstverständlich die Energieeffizienz“, berichtet Christiane Wolf. „Doch zunehmend gewinnt auch die Problematik rund um die Sicherheit an Bedeutung.“ Vor drei Jahren wurde das Unternehmen in den Errichternachweis „Mechanische Sicherungseinrichtungen“ des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz aufgenommen und wird auch auf der „Einbruchschutzmesse“ am 24. und 25. Oktober im Pfalzbau in Ludwigshafen Flagge zeigen.

Nach kleinen Anfängen in der eigenen Wohnung zog Wolf Bauelemente bereits 1997 in das Gewerbegebiet Wachenheim um, wo als Ergänzung zu der Lagerhalle mit Büro inzwischen eine kleine Ausstellung Raum für Beratung am Objekt bietet. „Zuerst waren wir vor allem im Generalunternehmergeschäft tätig, haben Krankenhäuser, Schulen oder auch US-Kasernen ausgestattet“, blickt Christiane Wolf zurück.

Heute besteht der Kundenkreis vor allem aus Privatkunden und Architekten, bei denen es nicht nur um die Funktion der Bauelemente, sondern auch um das Design geht. „Haustüren, Rollläden oder Fenster sind nicht nur technischen Veränderungen unterworfen, sondern sie gehen auch mit der Mode“, weiß die Unternehmerin. Im Moment liegen vor allem Grau- und Anthrazittöne im Trend. Ebenfalls im Kommen ist das Smart Home, das alle beweglichen Teile über das Internet automatisch steuert. „Um hier immer auf dem neuesten Stand zu sein, bilden wir uns ständig weiter“, so Christiane Wolf.

 www.wolf-bauelemente.de

NEU

START-UP-UNTERNEHMEN

Lisa Frisch & Katharina Pfaff GbR, Speyer

Design-Beutel – made in Speyer: Im Januar haben sich die beiden jungen Frauen Lisa Frisch und Katharina Pfaff den Traum von der eigenen Firma erfüllt, drei Monate später sind sie damit auch online gegangen.

Die Mode- und die Kommunikationsdesignerinnen verkaufen „Frischbeutel“, eine Marke, die vor allem bei Trendsettern und Hipstern ankommt. Denn die „Beutel“ im Format 34 x 43 Zentimeter ersetzen Modebewussten den Rucksack oder die Tasche. Die Designerstücke haben trotz des typischen Formats optisch rein gar nichts mehr mit den altbekannten Turnbeuteln zu tun. Auch preislich nicht, denn die Tragebeutel, die in limitierten Auflagen im eigenen Nähraum in Schifferstadt gefertigt werden, kosten knapp 60 Euro das Stück. Insgesamt 12 Modelle in stylischen bis praktischen Ausführungen und unterschiedlichen

Stoffen sind bisher zu haben. Ein Spezialfall ist beispielsweise der vegane Kork-Beutel: Er besteht zu 100 Prozent aus Naturmaterialien, der Rinde von Korkbäumen. Es handelt sich um ein Liebhaberstück für alle, die pflanzliche Materialien bevorzugen. Auch Viskose, Wildleder, Wolle und Schurwolle sind im Programm.

Bis jetzt stellen Frisch und Pfaff, die sich seit dem Gymnasium kennen, nur Beutel her, aber weitere Modelle und Taschen sind in Planung. Für Näharbeiten wollen sie zukünftig stundenweise Mitarbeiterinnen beschäftigen. „Frischbeutel“, so der Markenname, sind zurzeit online zu erwerben sowie in einem Geschäft in Speyer; weitere Läden sollen folgen. (mara)

www.frisch-shop.de

Breitband – Farbe bekennen!

Fragen an die Landtagsfraktionen

Was kann und sollte die Politik für ein leistungsfähiges Hochgeschwindigkeitsnetz tun? Wir haben die netzpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen um ihre Einschätzung gebeten. Die vollständige Version der zum Teil gekürzten Antworten finden Sie online unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 2366852.



Martin Haller

1 Nach dem aktuellen Bericht zum Breitbandatlas gibt es bei der Breitbandversorgung in Rheinland Pfalz ein eklatantes Stadt/Land-Gefälle. 80,6 Prozent der Haushalte in Städten, aber nur 21,3 Prozent der Haushalte in ländlichen Regionen verfügen derzeit über eine Datenübertragungsrate von 50 Mbit/s. Notlösungen wie Verbindungen über Satellit oder LTE sind für Unternehmen schlecht geeignet.

Was sagen Sie einem Unternehmer in einem schlecht versorgten Gewerbegebiet, der befürchtet, aus diesem Grund seinen Sitz verlegen zu müssen?

1) Diese Zahlen muss ich etwas korrigieren. Ende 2014 konnten bereits 83,3 Prozent aller Haushalte im städtischen Bereich und 24,1 Prozent im ländlichen Bereich auf Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zurückgreifen. Bei Bandbreiten von mindestens 100 Mbit/s sind es sogar 89,5 beziehungsweise 41,3 Prozent. Diese Zahlen stellen uns nicht zufrieden. Aber wenn man sich die Entwicklung im Land anschaut, dann weisen sie klar in die richtige Richtung. Schon heute kann jeder Unternehmer einen Breitbandanschluss bei einem Telekommunikationsunternehmen beauftragen – auch dann, wenn noch keine leistungsstarke Infrastruktur vor Ort vorliegt. Das ist natürlich teuer. Vorstellbar wäre, dass sich Unternehmen in einem Gewerbegebiet zusammenschließen und die Kosten aufteilen. Entscheidend ist, dass vor Ort alle an einem Strang ziehen.

2 Laut der Breitband-Strategie des Landes vom Dezember 2014 stehen in den Haushaltsjahren 2016 bis 2018 jeweils zehn Millionen Euro aus Landesmitteln für den Breitbandausbau zur Verfügung. Dies wird nicht genügen, um schnelles Internet aufs Land zu bringen – selbst dann nicht, wenn Mittel aus der Versteigerung von Funkfrequenzen (700 Mhz-Band) hinzukommen.

EU und Bund außen vor gelassen: Was sollte und kann das Land konkret investieren?

2) Ich bewerte die Höhe der zur Verfügung gestellten Landesmittel nicht so pessimistisch, denn das Land kann mit diesen Mitteln wichtige und sinnvolle Anschubfinanzierungen leisten. Für den Breitbandausbau stehen noch weitere Finanzierungsquellen zur Verfügung. Neben dem Förderprogramm des Bundes aus dem Bundesanteil an den Versteigerungserlösen im Zuge der Digitalen Dividende II wird es für ländliche und finanzschwache Regionen weitere Bundesmittel in einem Kommunalinvestitionsfondsfonds geben. Ansonsten gilt unsere NGA-Strategie des Landes: Bildung großer Ausbaueinheiten, am besten Landkreisgröße, Einbeziehen der vorhandenen und für den Breitbandausbau nutzbaren Infrastrukturen und Engagement aller vor Ort kommunal Verantwortlichen – Breitbandausbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

3 Digitalisierung der Wirtschaft ist ohne Bandbreite undenkbar. Das Ziel des Bundes ist es, bis zum Jahr 2018 alle Haushalte mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 50 Mbit/s auszustatten. Industrie 4.0, Internet der Dinge werden nach Schätzungen in diesem Zeitraum jedoch vermutlich bereits Raten im Gigabitbereich erfordern.

Wo sehen Sie den Standort Rheinland-Pfalz in zehn Jahren?

3) Rheinland-Pfalz ist bereits jetzt ein starker und attraktiver Wirtschaftsstandort, der im KfW-Gründungsmonitor 2014 einen Spitzenplatz bei den Unternehmensgründungen einnimmt und im Innovationsindex 2014 eine hervorragende Platzierung erreicht hat. Auch was die zukünftige Entwicklung des Standorts Rheinland-Pfalz angeht bin ich sehr optimistisch – eine Einschätzung, die ich im Übrigen mit vielen Mittelständlern in Rheinland-Pfalz teile. Ich denke da beispielsweise an die Ergebnisse des Mittelstandsbarometers, in dem sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftsprognose durch den rheinland-pfälzischen Mittelstand sehr positiv bewertet werden. Bei der Bewertung der aktuellen Geschäftslage belegen wir hier im Ländervergleich sogar den Spitzenplatz. Wir brauchen uns nicht zu verstecken.



Ihre Ansprechpartnerin bei der IHK Pfalz ist Nicole Rabold, Tel. 0621 5904-1620, nicole.rabold@pfalz.ihk24.de



Pia Schellhammer



Josef Dötsch

1) Zunächst ist es wichtig, die konkrete Situation vor Ort gemeinsam genau zu analysieren: Welche Bandbreiten liegen vor, welche Ausbaustrengungen sind überhaupt nötig, um das Unternehmen mit breitbandigem Internet zu versorgen? Zentrale Anlaufstelle ist hier das vom Land unterhaltene Breitbandkompetenzzentrum, dessen Aufgabe es unter anderem ist, Breitbandanbieter und Nachfrager zusammenzubringen. Hier können auch bestehende Pläne bzgl. des Breitbandausbaus in der betreffenden Kommune in Erfahrung gebracht werden. Konkrete Ansprechpartner finden sich hier: www.breitband.rlp.de
Wichtig zu wissen: Nur dort, wo der Breitband-Ausbau für Telekommunikations-Unternehmen keine Option darstellt, kann das Land überhaupt einspringen und die Versorgung fördern. Kommt es zum Ausbau, bringt das Land über das Breitbandkompetenzzentrum rechtliche, fachliche und technologische Begleitung der Vorhaben ein.

2) Schnelles Internet kann das Land nur in Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Telekommunikationsindustrie und den Kommunen realisieren. Rheinland-Pfalz hat auf diese Herausforderung mit erheblichen Mittelaufstockungen reagiert. In dieser Legislaturperiode wurden die Mittel mehr als verdoppelt. Auch finanzielle Synergieeffekte werden angestrebt. Zum Beispiel wurden beim Verbundprojekt Westeifel mehrere Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Wasser, Strom und Breitband kombiniert.
Für uns GRÜNE ist die flächendeckende und bedarfsgerechte Breitbandversorgung eine zentrale Zukunftsaufgabe. Unser Universaldienstkonzept sieht vor, dass Breitband zukünftig behandelt werden soll wie zum Beispiel Post oder Telefon: D.h. die Anbieter wären verpflichtet einen Internetanschluss herzustellen. Landesfördermittel, die heute in den Ausbau der Internet-Grundversorgung fließen, würden somit für den Ausbau von breitbandigem Internet frei.

3) Der Auf- und Ausbau unserer Breitbandinfrastruktur bietet gerade in Zeiten des demografischen Wandels für ländliche Regionen die Möglichkeiten einer immensen Attraktivitätssteigerung. Internetanbindungen mit hohen Bandbreiten machen ländliche Regionen als Wohn- oder Unternehmensstandort attraktiv. Sowohl die rot-grüne Landesregierung als auch die Abgeordneten sind diesbezüglich in einem ständigen Dialog mit Wirtschaft und Telekommunikationsunternehmen, das zeigen unter anderem zahlreiche Anhörungen im Medienausschuss. Die Politik ist in Rheinland-Pfalz durch ihre enge Verzahnung mit den beteiligten Akteuren sensibilisiert für die Zukunftsaufgabe eines stetigen, dynamischen Breitbandausbaus. Aktuell bringt die Landesregierung ein Gutachten auf den Weg, mit dem ermittelt werden soll, wie in Rheinland-Pfalz die flächendeckende Versorgung mit 300 Mbit/s möglich gemacht werden kann.

1) Die Landesregierung hat dem Breitbandausbau im ländlichen Bereich bisher eine zu geringe Bedeutung beigemessen. So liegt Rheinland-Pfalz bei der Breitbandversorgung bei den Flächenländern bundesweit im hinteren Bereich. Dabei bezieht sich die Landesregierung immer nur auf die Anzahl der Haushalte. Die Versorgung von Gewerbegebieten und Unternehmen wurden zu wenig in den Blick genommen. Dabei zeigen Studien, dass bei einer Erhöhung der Breitbandnutzung um 10 Prozent das Bruttosozialprodukt um 1,3 Prozent steigt. Deshalb ist die Erschließung der Gewerbegebiete mit Glasfaser eine nachhaltige Wirtschaftsförderung. Ziel muss es sein, Abwanderungen zu verhindern und neue innovative, zukunftsorientierte, hochwertige Arbeitsplätze und Unternehmen zu gewinnen.

2) Im Land fehlt schon seit Langem ein konkreter Masterplan zum Glasfaserausbau. Erst hieraus wird deutlich, welche Mittel notwendig sind, um welche Ausbauschritte zu erreichen. Derzeit wird das Land von den Versäumnissen der Vergangenheit eingeholt. Es besteht erheblicher Nachholbedarf. Wenn uns die Zahlen der Landesregierung für den Haushalt 2016 vorliegen, können wir diese auf die Spielräume für die oben ermittelten Finanzbedarfe durchforsten und solide Vorschläge machen. Nach der Landtagswahl 2016 wird eine CDU geführte Landesregierung einen Schwerpunkt auf eine sachgerechte Glasfaserinfrastruktur legen. Nicht alle Verbesserungen der Breitbandstrategie kosten Geld. Im Gegenteil. Ich denke hier an mehr Transparenz bei vorhandener Infrastruktur.

3) Derzeit liegt der Standort Rheinland-Pfalz am unteren Ende der Länder in der Breitbandversorgung. Dies ergibt bereits jetzt einen Standortnachteil, wenn es um die Leistungssteigerung der Netze in den Gigabereich geht. Wenn die hierfür in Rheinland-Pfalz verantwortliche Regierungsarbeit so wie bisher fortgeführt wird, werden wir im Vergleich zu anderen Bundesländern weiter Boden verlieren und dem Wirtschaftsstandort schaden. Deshalb brauchen wir auch in diesem Politikfeld einen anderen, einen frischen erfolgversprechenden Politikansatz. Das Konzept der CDU-Landtagsfraktion bildet hierzu das richtige Fundament.

Beschlüsse der IHK-Vollversammlung

Resolutionen zu Erbschaftsteuer und Bürgerbeteiligung

Aufgrund eines tragischen Zwischenfalls – ein Vollversammlungsmitglied musste kurz nach Eröffnung der Sitzung notärztlich behandelt werden – hat die Sitzung der IHK-Vollversammlung verkürzt stattgefunden. Das Parlament der Wirtschaft hat daher beschlossen, die Wahl eines neuen IHK-Präsidenten zu vertagen; möglichst auf einen Termin noch vor der Sommerpause. Der amtierende Präsident Willi Kuhn wird bis auf Weiteres die Amtsgeschäfte fortführen. Die Veranstaltung „Wirtschaft im Dialog“ mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer wurde abgesagt.

Beschlossen hat die Vollversammlung in Vorbereitung der Vollversammlungswahl 2016 leichte Änderungen der IHK-Wahlordnung sowie Resolutionen zur Erbschaftsteuerreform und zu einer „Bürgerbeteiligung mit Augenmaß“. In der Resolution zur Erbschaftsteuerreform fordert sie unter anderem, den Spielraum für eine wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung zu nutzen und Privatvermögen von Erben mittelständischer Unternehmen bei Weiterführung des Betriebs nicht miteinzubeziehen, um eine Substanzbesteuerung zu verhindern.



Fotos: Lotz



@ Infos unter www.pfalz.ihk24.de
Dokument-Nr. 2373026

Die Vollversammlung der IHK Pfalz begrüßt die stärkere Einbindung von Bürgern grundsätzlich, fordert aber in ihrer Resolution, über die bereits bestehenden Regelungen hinaus keine allgemeine Verpflichtung zu Bürgerbeteiligungsverfahren einzuführen sowie informellen und freiwilligen Beteiligungsverfahren grundsätzlich Vorrang vor verpflichtenden und formalisierten Beteiligungsverfahren einzuräumen. Die nötigen Quoren sollten auf dem aktuellen Niveau gehalten werden, Kosten von privat initiierten Beteiligungsverfahren dürften nicht auf die Wirtschaft überwältigt werden.

@ Infos unter www.pfalz.ihk24.de
Dokument-Nr. 2373024

Mit dem ebenfalls beschlossenen Positionspapier „Initiative für den Mittelstand“ unterbreiten die vier rheinland-pfälzischen IHKs der Politik im Vorwahljahr 2015 neun konkrete Forderungen, deren Umsetzung die mittelständische Wirtschaft voranbringen würde. Das Spektrum

reicht von der Senkung des Wasserpreises bis zur Erleichterung der Kinderbetreuung in der Tagespflege.

@ Infos unter www.pfalz.ihk24.de
Dokument-Nr. 2373028

Darüber hinaus hat die Vollversammlung die Betriebsstilllegung der 100%igen IHK-Tochter Zetis GmbH in Kaiserslautern zum Ende des Jahres beschlossen. Geschäftsgegenstand war die Durchführung von Förderprojekten von Land, Bund und EU für kleine und mittlere Unternehmen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnik sowie Innovations- und Technologieförderung. Da die Projektförderung der öffentlichen Hand deutlich zurückgefahren wurde, steht nach einem negativen Ergebnis für das Geschäftsjahr 2014 für 2015 ein noch deutlicheres Defizit im Raum. Das Leistungsspektrum von Zetis betrifft keine IHK-Kernaufgaben; dort wo es Sinn macht, werden Aufgaben bei Bedarf von der IHK weitergeführt, soweit sie nicht schon heute teilweise auch von anderen Regionalinstitutionen bereits erbracht wurden oder werden.

Die Vollversammlung der IHK Pfalz braucht Ihre Stimme!

Ist Ihr Unternehmen in der richtigen Wahlgruppe?

Die Unternehmen der Industrie, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes sind im März nächsten Jahres wieder zur Wahl der IHK-Vollversammlung aufgerufen. Gewählt werden 89 Vertreter der pfälzischen Wirtschaft, die als Mandats-

träger für sechs Jahre die IHK-Selbstverwaltung im Interesse des jeweiligen Wirtschaftszweiges und Wahlkreises mitbestimmen. Zur Vorbereitung der Wahl brauchen wir Ihre Unterstützung bei der Aktualisierung Ihrer Unternehmensdaten.

Um mit der Besetzung der Vollversammlung die Struktur der Wirtschaft in der Pfalz abzubilden, wird in sieben Wahlgruppen gewählt. Dabei ist es wichtig, dass die wahlberechtigten IHK-Mitgliedsunternehmen der richtigen Wahlgruppe



zugeordnet sind. Mit einer Umfrage, die Sie Anfang Juni per Post erhalten, bitten wir Sie, dies für Ihr Unternehmen zu prüfen. Außerdem bitten wir Sie, – falls nötig – einige weitere Angaben zu aktualisieren oder zu ergänzen. Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns schon jetzt sehr herzlich.

Fragen zur Wahl richten Sie bitte an die Industrie- und Handelskammer für die Pfalz unter der Hotline 0621 5904-4459 oder per E-Mail: IHK-Wahl@pfalz.ihk24.de. Wir helfen Ihnen gerne weiter.

Marketing-Preis Rhein-Neckar

Gesucht: Bestes Marketing aus der Region

Der Wettbewerb um den Marketing-Preis 2015 ist gestartet. Mit dem Award würdigt der Marketing-Club bereits zum fünften Mal innovatives Marketing aus der Region.

Kooperationspartner ist die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN), die in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen feiert. Der Marketingpreis gilt als wichtigster Gradmesser für erfolgreiches und innovatives Marketing aus der Metropolregion Rhein-Neckar. Unternehmen, Organisationen, Stiftungen und öffentliche Institutionen aus der Region können sich mit ihrem Marketing um die begehrten Awards bewerben. In vier Kategorien wird der Marketingpreis verliehen: „Große Unternehmen“, „Kleine Unternehmen“, „Non-Profit-Unternehmen“ und „Young Professionals“.

Eine unabhängige Jury, der Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft angehören, wird die Einreichungen bewerten und eine Shortliste erstellen. Die Preisträger werden am Gala-Abend, der am 10. November 2015 im Pfalzbau in Ludwigshafen stattfindet, feierlich gekürt.

Neben der Vergabe der vier Awards des Marketing-Preis 2015 wird auf der Feierlichkeit auch ein Sonderpreis der Metropolregion Rhein-Neckar vergeben. Anlass dafür ist das 10-jährige Jubiläum der MRN.

Ausgezeichnet werden soll ein Unternehmen, eine Institution oder eine Non-Profit-Organisation, die den Gedanken der MRN einmalig oder im Verlauf der vergangenen zehn Jahre am besten in die Welt getragen und in ihr Marketing integriert hat. Die Marketingleistung muss strategisch vorbereitet und der Erfolg darstellbar sein.



Anmeldung: www.mc-rn.de/marketing-preis
Die Einreichung ist kostenfrei und bis zum 25. September möglich.

EHRENNADEL IN GOLD



IHK-Präsident Willi Kuhn überreichte im Mai Vizepräsident Alois Ketterm als Dank für seinen über 40-jährigen Einsatz in der Berufsausbildung die IHK-Ehrennadel in Gold mit Brillant.

POLITIKGESPRÄCH



Bündnis 90/Die Grünen zu Gast bei IHK

Zu einem wirtschaftspolitischen Meinungs- und Gedankenaustausch mit dem IHK-Präsidium und der IHK-Geschäftsführung hatte die IHK Pfalz die pfälzischen Abgeordneten der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion ins Haus der Wirtschaft nach Ludwigshafen eingeladen. Im Vordergrund der Diskussionen standen die Themen Verkehrsinfrastruktur, lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAPG), Breitbandversorgung, Industrie 4.0 sowie die Erbschaftsteuerreform. V.l.n.r.: IHK-Vizepräsident Franz Josef Reindl, Dr. Bernhard Braun (Mdl), IHK-Vizepräsident Wolfgang Rempel, IHK-Präsident Willi Kuhn, IHK-Vizepräsident Jochen Lampert, Wolfgang Schlagwein (Mdl).

Nächste Runde

IHK-Standortumfrage

Auch 2015 untersucht die IHK Pfalz wieder mit einer Umfrage unter rund 16.000 Unternehmen Stärken und Schwächen des eigenen Wirtschaftsstandorts aus Sicht der ortsansässigen Unternehmen. Die Ergebnisse liefern den Verwaltungen und Wirtschaftsförderungen wertvolle Hinweise zur Verbesserung der Standortfaktoren.

Was ist gut am eigenen Wirtschaftsstandort, was ist schlecht? Was ließe sich verbessern? Niemand weiß dies besser aus dem alltäglichen Erleben heraus als die betroffenen Firmen vor Ort. Im Juni 2015 führt die IHK Pfalz daher nun zum dritten Mal ihre Standortumfrage durch. „Wir wollen mit unserer Umfrage zeigen, wie die Unternehmen selbst ihre Standortkommune einschätzen“, betont Jürgen Vogel, IHK-Geschäftsführer Standortpolitik. Dabei gehe es nicht darum, einzelne Kommunen und Kreise in der Pfalz gegeneinander auszuspielen. Ziel sei es vielmehr, den beteiligten Akteuren in Verwaltungen und Wirtschaftsförderung der Kommunen konkrete Ansatzpunkte für Verbesserungen der herrschenden Rahmenbedingungen zu geben. „Wir legen Wert darauf, dass unsere Umfrage als konstruktive Kritik ankommt“, macht Vogel deutlich.

Schulnoten für zwölf Kommunen

Um ihre Beurteilung gebeten werden Unternehmen in acht kreisfreien Städten sowie vier Städte mit Sitz einer Kreisverwaltung: in Bad Dürkheim, Frankenthal, Germersheim, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Kusel, Landau, Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens, Speyer und Zweibrücken. Für jede Stadt wird ein Stärken-Schwächen-Profil erstellt und dem Durchschnitt aller befragten Kommunen in der Pfalz gegenübergestellt. Zu allen angefragten Standortfaktoren wie Verkehr, Arbeitsmarkt oder Wohnqualität werden Bewertungen nach dem Schulnotensystem vergeben. Gegenüber der letzten Umfrage wurde die Anzahl der Fragen leicht erhöht, um einige Faktoren noch genauer zu differenzieren. Die Umfrage findet dabei in vollständig anonymisierter Form statt.

Standortfaktor Breitband

Ein Ergebnis der vorigen Umfrage im Jahr 2013: Der Faktor „Breitbandverkabelung/Anschluss der Unternehmen an das schnelle Internet“ wurde an einigen Standorten als verbesserungswürdig erkannt. Nicht wirklich zufrieden waren manche Unternehmen an verschiedenen Orten auch mit dem Verständnis („Offenes Ohr“) der Verwaltungen in Wirtschaftsfragen. Im Nachgang thematisierte die IHK Pfalz diese aufgeworfenen Fragen in Diskussionsveranstaltungen und suchte den Dialog mit den Verwaltungsstellen. „Die Resonanz war sehr gut. Angestoßen durch die Kritik aus der Wirtschaft zeigten sich betroffene Städte und Kreise dankbar für die erhaltenen Hinweise und bekundeten ihr Bemühen, die in der Umfrage aufgedeckten Schwächen anzugehen“, zieht der Standortexperte eine positive Bilanz. Bei der Breitbandverkabelung sei als erster Schritt ein Problembewusstsein geschaffen worden. In puncto Kommunikationskultur zwischen Wirtschaft und Verwaltung seien dagegen oft keine großen Investitionen nötig, um das Zusammenspiel merklich zu verbessern. „Die Umfrage kann umso differenziertere Ergebnisse bringen, je mehr Unter-



nehmen sich daran beteiligen“, ruft Vogel die Unternehmen im eigenen Interesse zur Teilnahme auf.



Der Fragebogen wird den Unternehmen zugesendet. Weitere Infos bei Thomas Schmitz, Tel. 0621 5904-1512, thomas.schmitz@pfalz.ihk24.de. Die Ergebnisse der letzten Umfrage (Ausgaben IHK-Wirtschaftsmagazine November und Dezember 2013) sind online unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 124853 nachzulesen.

Gefahrstoffkennzeichnung

Umstellungsfrist endet

Durch die weltweit einheitliche Kennzeichnung von Gefahrstoffen soll das Global harmonisierte System (GHS) zu mehr Sicherheit in Unternehmen beitragen. Um die einheitlichen Kriterien für die Risikobewertung umzusetzen, wurden alle Gefahrstoffe neu bewertet und oftmals im Vergleich zum alten System als gefährlicher eingestuft.

Für Unternehmen bedeutet dies, dass Dokumente und Vorschriften entsprechend angepasst werden müssen. Übergangsfristen, die Unternehmen die Verwendung der alten Gefahrstoff-Symbole oder Risikobewertungen einräumten, endeten am 31. Mai 2015. Daher ist es Zeit, Prozesse und Dokumentationen an die neue Gesetzeslage anzupassen und sich rechtssicher aufzustellen. Die Verantwortung für die richtige Risikobewertung und die abgeleiteten Schutzmaßnahmen bei der Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung nach Gefahrstoffverordnung liegt beim jeweiligen Betrieb.

Aus der neuen Einstufung der Gefahrstoffe und dem gefährdungsbezogenen Ansatz der GHS leiten sich für Firmen umfangreiche Veränderungen ab: Sichtbar werden sie in der Betriebsanweisung, die mit konkreten Hinweisen zu Schutzmaßnahmen an die neuen Vorschriften angepasst werden muss. Aber auch weitere Dokumente wie Gefährdungsbeurteilungen, Risikoanalysen oder Gefahrstoffverzeichnisse müssen neu gefasst werden. Daraus ergeben sich oft Folgeänderungen in Prozessen, Vorschriften und Abläufen, die es zu dokumentieren gilt. Darüber hinaus müssen die betroffenen Mitarbeiter unterwiesen und geschult werden.



www.tuv.com/togs



Regionale Bündnisse

„Attraktive Arbeitgeber“

Qualifiziertes Personal wird ein immer wichtigerer Erfolgsfaktor, aber auch immer schwieriger zu finden. Weitsichtige Personalverantwortliche haben bereits Maßnahmen zur Fachkräftesicherung getroffen.

Im Rahmen des Projekts „Lebensphasenorientierte Personalpolitik 3.0“ des Instituts für Beschäftigung und Employability (IBE) der Hochschule Ludwigshafen werden diese ersten Erfolge der Fachkräftesicherung nutzbar gemacht. Über Netzwerktreffen „Regionaler Bündnisse“ fördert das IBE im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Rheinland-Pfalz den direkten und praxisnahen Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen und weiteren regionalen Akteuren.



Die nächste Veranstaltung findet am 2. Juli, 14:30 bis 17:30 Uhr bei der KSB Aktiengesellschaft in Frankenthal statt. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.lebensphasenorientierte-personalpolitik.de

Tourismusnetzwerk Rheinland-Pfalz

Neues Weiterbildungsmodul integriert

Unter Federführung der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern wurde im Rahmen der Weiterentwicklung der Tourismusstrategie 2015 ein neues Modul entwickelt, das in das Tourismusnetzwerk Rheinland-Pfalz (www.tourismusnetzwerk.info) integriert wird.

Im Hintergrund wird auf eine etablierte Technik gesetzt, die das Land Rheinland-Pfalz für sein bereits bestehendes Weiterbildungsportal (www.weiterbildungsportal.rlp.de) einsetzt. Diese Datenbank steht bereits heute allen Weiterbildungsträgern offen. Über einen elektronischen Filter werden alle branchenrelevanten

Weiterbildungen in eine neue Ausgabemaske übertragen, die seit Ende April in das Tourismusnetzwerk Rheinland-Pfalz integriert ist. Zweck ist es, das tourismusrelevante Weiterbildungsangebot innerhalb von Rheinland-Pfalz zentral abzubilden und für die 150.000 Beschäftigten in der Branche transparent darzustellen. Um Ihr branchenrelevantes Weiterbildungsangebot in die beiden Portale einzustellen, nehmen Sie bitte Kontakt zur zuständigen Referentin im MBWWK, Sabine Caron, auf. Sie stellt Ihnen die Zugangsdaten zur Verfügung, um Ihr Angebot branchennah zu platzieren.



Sabine Caron, Tel. 06131 165458;
sabine.caron@mbwwk.rlp.de

„Perspektive Personal“

Pfalzweite Veranstaltungsreihe

Durch den demografischen Wandel stehen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen regional wie global im Konkurrenzkampf um kluge Köpfe. Dabei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle.

Themen wie persönliche Entfaltung im Beruf oder Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden für Fachkräfte immer wichtiger. Viele Unternehmen haben sich auf diese Veränderungen noch nicht eingestellt. „Potenziale entdecken und nutzen“ ist daher das Ziel des Projekts „Perspektive Personal“. Unternehmen erhalten kostenfreie Informationen zum Fachkräftemangel. Dazu werden pfalzweit insgesamt zwölf Informationsveranstaltungen durchgeführt.

16.06.2015	LU	(Social) Recruiting – Von Stellenausschreibung und Suchwegen
30.06.2015	KL	Thema noch offen
01.07.2015	KUS	Fachkräftemangel – Märchen oder Realität?



Veranstaltungstermine und weitere Infos bei der Zetis GmbH, Grit Wehrmann, Tel. 0631 303-1234, wehrmann@zetis.de oder unter www.perspektive-personal.org

Wo kommt das Kapital her?

Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten Im Lebenszyklus von Unternehmen

Wer sein Unternehmen sicher durch die Gründungsklippen und die meist stürmischen ersten Jahre gesteuert hat, kann sich meist über eine relativ ruhige Expansionsphase freuen. Doch an jedem Punkt eines Unternehmenszyklus‘ spielt das Geld eine Rolle, auch zum Wachsen wird es gebraucht. Auf Bundes- wie auf Landesebene gibt es zahlreiche Finanzierungs- und Förderprogramme, dazu kommen alternative Darlehensformen. Teil 2 der Serie umfasst den Zeitraum, in dem ein Unternehmen wächst und gedeiht, in unserem konstruierten Fall etwa vom sechsten bis ins zehnte Jahr.



Das Vorhaben

Michael Schlemmer hat vor fünf Jahren ein mittelständisches Unternehmen in Frankenthal übernommen, das Dampfkesselanlagen baut. Der eingeführte Produktionsbetrieb SteamPro mit damals 35 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von sieben Millionen Euro kostete ihn rund eine Million Euro. Nachdem die Finanzierung stand und die Produktion modernisiert war, stürzte sich der aktive Endvierziger mit seinem Außendienst mit aller Kraft auf die Neukundenakquise. Seine Ehefrau Andrea hält ihm den Rücken von der Buchhaltung frei und behält Ausgaben und Kosten im Blick. So kann sich der Maschinenbauingenieur voll auf Produktion und Kunden konzentrieren.

Der Kapitalbedarf

Der Businessplan, den Michael Schlemmer in der Gründungsphase mit einem Berater ausgearbeitet hat, und der ein neues Vertriebskonzept für die Dampfkesselanlagen vorsieht, konnte in weiten Teilen umgesetzt werden. Der Umsatz hat kontinuierlich zugelegt. Durch das gestiegene Auftragsvolumen stößt das Unternehmen aber jetzt allmählich an seine Grenzen: Aufträge müssen vorfinanziert werden, das heißt in der Praxis: mehr Personal wird gebraucht, mindestens fünf Mitarbeiter in Produktion und Service fehlen, und der höhere Wareneinsatz verlangt flüssiges Kapital. Michael Schlemmer berät sich mit seiner Frau und einem leitenden Mitarbeiter über die Summe, die investiert werden muss, damit SteamPro weitere Aufträge annehmen und wachsen kann: 250.000 Euro stehen auf der Wunschliste.

Die Finanzierungsalternativen

Da die letzten zwei, drei Jahre eine stabile Aufwärtsentwicklung zeigten, verfügt SteamPro über Sicherheiten. Allerdings reichen sie nicht ganz aus, um den gesamten Betriebsmittelkredit über 250.000 Euro abzusichern. Es besteht die Möglichkeit, über die Hausbank den Unternehmerkredit der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) zu beantragen. Dabei stellt die KfW 50 Prozent der Sicherheiten. Die Alternative wäre: Die Hausbank vergibt den Kredit aus dem eigenen Haus und beantragt bei der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz eine Bürgschaft über 60 Prozent der Finanzierungssumme. Da bei der Bürgschaft neben den Zinsen für den Kredit der Hausbank auch noch ein Entgelt anfällt, ist diese Variante teurer. Da Michael Schlemmer mit SteamPro rund 50 bis 60 Prozent der Sicherheiten stellen kann, wählt er den günstigeren KfW-Unternehmerkredit. Der niedrige Zinssatz und die Rückzahlungsmodalitäten sind für das aufstrebende Unternehmen komfortabel. Die insgesamt nun bereitstehende Summe von 250.000 Euro kann jetzt sukzessive für die Aufstockung des dringend benötigten Personals sowie den erhöhten Wareneinsatz verwendet werden.



Ihr Ansprechpartner bei der IHK Pfalz ist Thorsten Tschirner, Tel. 0621 5904-2103, thorsten.tschirner@pfalz.ihk24.de.

Lebenszyklus eines Unternehmens

0 bis 5 Jahre
Idee bis
Gründung

6 bis 10 Jahre
Wachstum

10 bis 20 Jahre
Sicherung/Krise

20 bis X Jahre
Übergabe

Das Drehbuch:

Wir begleiten zwei fiktive Protagonisten von der Idee über die Gründung bis zur Unternehmensübergabe nach mehr als 20 Jahren. In vier Phasen – Gründung, Wachstum, Sicherung/Krise und Übergabe – werden Fragen nach passender Finanzierung und Fördermitteln gestellt sowie alternative Möglichkeiten durchleuchtet.



Darsteller: Michael Schlemmer (48), verheiratet, zwei Kinder, Maschinenbauingenieur, hat vor rund fünf Jahren einen traditionsreichen Produktionsbetrieb übernommen. Jetzt steht der weitere Ausbau an.



Darstellerin: Petra Schulz (30), ledig, Einzelhandelskauffrau, gründete vor vier Jahren Ofis, ein kleines Geschäft für Schreibwaren und Bürobedarf in Germersheim. Petra Schulz muss räumlich erweitern, Verkaufs- und Lagerfläche schaffen.

123rf.com



Das Vorhaben

Ofis, der kleine Laden für Schreibwaren und Bürobedarf in Germersheim, hat sich auch dank der zentralen Lage in den letzten fünf Jahren fest etabliert. Viele Studierende kommen regelmäßig im zentral gelegenen Geschäft vorbei, einige Büros und Geschäftskunden aus der Stadt decken ihren gesamten Materialbedarf bei Petra Schulz, die sich im Gewerbebereich engagiert und damit ein funktionierendes Netzwerk geschaffen hat. Die jetzt 32-jährige Inhaberin arbeitet mehr, als sie eigentlich möchte, ihre beiden Teilzeitkräfte haben bereits auf 35 und 25 Wochenstunden aufgestockt, um lange Öffnungszeiten gewährleisten zu können. Das Resultat der geballten Frauempower: Petra Schulz hat mit ihren beiden Mitarbeiterinnen ein kleines Polster angelegt und eine Rücklage von rund 10.000 Euro erarbeitet.

Der Kapitalbedarf

Da Ofis ein Büromaterial-Vollsortiment anbietet und gewerbliche Kunden größere Gebinde kaufen wollen, platzt der Laden momentan räumlich aus allen Nähten. Petra Schulz will die Fläche vergrößern und vor allem zusätzlichen Lagerraum schaffen. Dadurch könnte sie mit größeren Mengen auch ihren Einkauf optimieren. Ein angrenzend leerstehender Frisörsalon hätte die richtige Größe. Doch der Wanddurchbruch sowie die Entfernung der gefliesten Wände und mehrerer Waschbecken will der Vermieter nicht komplett bezahlen. Außerdem müssen die zusätzlichen 45 Quadratmeter Lager- und Verkaufsfläche nicht nur aufwändig renoviert, sondern auch voll ausgestattet werden, zum Beispiel

mit Regalen und Trennwänden. Auch mehr Lagerbestand, um die Wünsche der gewerblichen Kunden erfüllen zu können, wird notwendig. Eine Investition von rund 35.000 Euro für den Ladenausbau und die Aufstockung des Warenbestands wird fällig.

Die Finanzierungsalternativen

Petra Schulz hat umsichtig gewirtschaftet: Ofis kann 10.000 Euro Eigenkapital vorweisen. Trotzdem fehlen ihr für die Restsumme von 25.000 Euro die Sicherheiten. Sie hat zwei Möglichkeiten zur Auswahl: einen KfW-Unternehmerkredit oder einen ISB-Unternehmerkredit. Beide werden über die Hausbank beantragt und stellen Sicherheiten in Höhe von 50 Prozent der Finanzierungssumme. Die junge Unternehmerin entscheidet sich für den ISB-Unternehmerkredit. Die Förderprogramme der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz bieten niedrige Zinsen und eine ein- bis fünfjährige Freistellung von der Rückzahlung. Das in den letzten beiden Jahren erwirtschaftete Eigenkapital von 10.000 Euro ist für die Hausbank ein deutliches Zeichen, die Unternehmerin in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Zwar kommt der Kredit von der ISB, aber von der Bewertung der Hausbank hängt es ab, ob diese den ISB-Kredit für Ofis überhaupt beantragt. Petra Schulz ist derzeit bei ihrer Hausbank eine gern gesehene Kundin.

Marion Raschka / Thorsten Tschirner

Im nächsten Teil der Serie (Teil 3) geht es um Finanzierungsmöglichkeiten in der Unternehmensphase „Sicherung/Krise“, etwa vom zehnten bis zwanzigsten Jahr.

CSR-FRÜHSTÜCKSSREIHE

24. Juni *Catalent Pharma Solutions, Eberbach*

2. Juli *Fuchs Petrolub SE, Mannheim*



© kreativwirtschaftsforalia.de

Seit 2011 präsentieren Praktiker aus Top-Wirtschaftsunternehmen in lockerer Workshop-Atmosphäre ihre Strategie und Maßnahmen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung.

Weitere Informationen bei Sabine Fuchs-Hilbrich, IHK Pfalz, Tel. 0621 5904-1200, sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de und im Internet unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 122313.

Steuer-Newsletter
Monatliche Informationen

Informieren Sie sich über aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Steuerrecht, Haushaltspolitik und EU-Steuerpolitik und abonnieren Sie unseren monatlichen Steuer-Newsletter.

Die IHK-Organisation nimmt in dem Newsletter Stellung zu aktuellen steuer- und finanzpolitischen Themen, von der Erbschaftsteuerreform bis zum Stand der Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung in den Bundesländern und den Kommunen. Der Newsletter zeigt über aktuelle steuerrechtliche Fragen hinaus auf, wie die gesamtwirtschaftliche Interessenwahrnehmung der IHKs gemeinsam mit dem DIHK funktioniert und ergänzt die auf der Internetseite der IHK Pfalz eingestellten Basisinformationen zum Bereich Steuern und öffentliche Finanzen.

i Weitere Infos: www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 76188 oder bei Pamela Weinerth, Tel. 0621 59 04-2105, pamela.weinerth@pfalz.ihk24.de

BME-Vortrag

Procurement meets Sales!

Zusammen mit der IHK Pfalz lädt der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) zu einem Vortrag zur Verhandlungskompetenz bei Einkäufern.

Verhandlungsgeschick gehört zu den Kernkompetenzen eines Einkäufers. Ein-

kaufstrainings dienen der Weiterbildung, trainieren das methodische Vorgehen und stärken die Souveränität der Teilnehmer. Wer jedoch mehr lernen will, orientiert sich an den Besten, das heißt an den Vertriebsprofis auf der anderen Seite des Verhandlungstisches.

Welche Techniken von den Vertriebsexperten trainiert werden, wie sich die Besten von ihnen vorbereiten und was genau Stress oder Akzeptanz bei den Verhandlungspartnern auslöst, wird Einkaufsexpertin Melanie Swirzina aus Köln beim Vortrag „Von den Besten lernen: Procurement meets Sales!“ erklären.

Die Veranstaltung ist kostenfrei. Der Vortrag beginnt am 16. Juni um 17 Uhr bei der Friatec GmbH, Steinzeugstraße 50, 68229 Mannheim.

i Anmeldung bei der IHK Pfalz, Beate Neber, Tel. 0621 5904-1911, Fax: 0621 5904-1904, beate.neber@pfalz.ihk24.de

ERP-Gründerkredit
Haftungsfreistellung möglich

Eine 50-prozentige Haftungsfreistellung ist jetzt auch mit dem ERP-Gründerkredit Rheinland-Pfalz möglich.

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) erweitert den Kredit auf Freiberufler sowie kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit vor nicht mehr als fünf Jahren aufgenommen haben. Der ERP-Gründerkredit Rheinland-Pfalz, der sich an dem „ERP-Gründerkredit Universell“ der KfW orientiert, richtet sich an Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und an freiberuflich Tätige, die Investitionen zur Festigung ihrer Unternehmensgründung planen. Es werden sowohl Investitionen als auch ein zusätzlicher Betriebsmittelbedarf gefördert. Sofern das Unternehmen seit drei Jahren besteht beziehungsweise über eine Unternehmenshistorie mit aussagefähigen Jahresabschlussunterlagen von zwei Geschäftsjahren verfügt, kann die Haftungsfreistellung für die Hausbank gewährt werden. Das Risiko der Kreditvergabe wird zwischen der Hausbank und der ISB geteilt. Die letztendliche Kreditgewährung erfolgt durch die ISB an die Hausbank zur Weiterleitung an den Endkreditnehmer. Form und Umfang der Besicherung werden im Rahmen der Kreditverhandlung zwischen dem Antragsteller und seiner Hausbank vereinbart. Der Kredit höchstbetrag für Investitionskredite liegt bei 250.000 Euro bei einer Laufzeit von fünf, zehn oder 20 Jahren. Die Auszahlung des Kredites erfolgt zu 100 Prozent.

i Ansprechpartner bei der IHK Pfalz ist Thorsten Tschirner, Tel. 0621 5904-2103, thorsten.tschirner@pfalz.ihk24.de.

www.pfalz.ihk24.de

Verbraucherpreisindex

Partner im Netzwerk
IHK24.de

Dokument-Nr.: 2835

Verbraucherpreisindex für Deutschland
(Basis 2010 = 100)

Jahr / Monat				Veränderungen in %	
2014	2015			April 15	April 15
April	Februar	März	April	März 15	April 14
106,5	106,5	107,0	107,0	0	0,5

Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland

Neuer IHK-Zertifikatslehrgang

Energiekostenminimierung durch Energiemanager



Trotz zwischenzeitlich gesunkener Energiekosten ist mittel- und langfristig mit zunehmenden Energieausgaben zu rechnen. Um eine wettbewerbsfähige Preispolitik dauerhaft zu gewährleisten, müssen Unternehmen auch ein optimales Energiemanagement betreiben. Hierzu bedarf es kompetenter und qualifizierter Energiemanager. Sie entwickeln und begleiten Energieeffizienzprojekte.

Die IHK Pfalz hält seit Neuestem ein praxisnahes Weiterbildungsangebot im Bereich Energieeffizienz bereit. Im Zertifikatslehrgang „Energiemanager (IHK)“ werden Fach- und Führungskräfte qualifiziert, um Prozesse im Sektor Energie technisch zu optimieren und wirtschaftlich zu managen. „Kosten lassen sich durch den verbesserten Einsatz von Energie senken. Aber: Nur, wer die Schwachstellen kennt,

kann sie auch beseitigen. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, diesen Lehrgang neu anzubieten“, so Tom Ankirchner, Leiter des Geschäftsbereichs Weiterbildung der IHK Pfalz.

Die 240 Lehrgangsstunden (Lstd.) unterteilen sich in circa 160 Lstd. Präsenzunterricht und ein Selbstlernmodul inklusive Projektarbeit von circa 80 Lstd. Unter Mit Hilfe der Dozenten wählen die Teilnehmer als Projektarbeitsthema eine potenzielle Energiesparmaßnahme für das eigene Unternehmen aus. Die entsprechende Umsetzung zieht bereits erste Einsparungen nach sich. Anschließend erhalten die Absolventen das Zertifikat in zweifacher Ausfertigung: „Energiemanager (IHK)“ und die internationale Version „European Energy-Manager“.

Der Lehrgangsstart ist für den Herbst dieses Jahres geplant. Der Unterricht findet voraussichtlich freitagsabends und samstags tagsüber statt.

i Weitere Informationen zum Lehrgang erhalten Sie von Martin Holaus, Tel. 0621 5904-1821, martin.holaus@pfalz.ihk24.de.

Spezialist in Sachen Verantwortung werden

Neuer Zertifikatslehrgang „CSR-Manager“ (IHK)

Nachhaltigkeit, soziale Verantwortung und gesellschaftliches Engagement – kurz Corporate Social Responsibility (CSR) – sind zugleich Chance und Herausforderung für Unternehmen. Wer auf diesem Gebiet professionell durchstarten möchte, findet im neuen IHK-Zertifikatslehrgang zum CSR-Manager das optimale Rüstzeug.

Der bundeseinheitliche Zertifikatslehrgang versetzt die Teilnehmer in die Lage, ein eigenes CSR-Konzept zu entwickeln und wirksam zu implementieren. Er definiert die aktuellen gesellschaftlichen und unternehmerischen Herausforderungen, er klärt Absicht und Nutzen von CSR und entwickelt auf dieser Basis professionelle Konzepte, geeignete Management-Prozesse und praktische Instrumente.

Der Zertifikatslehrgang richtet sich an Fach- und Führungskräfte von Unternehmen aller Branchen und Größen, insbesondere an Verantwortliche der Bereiche Personal/HR, Sup-

ply Chain Management, Marketing, Kommunikation/PR, Umwelt sowie Qualitätsmanagement. Zusätzlich zu den fünf Schulungsmodulen sind eine unternehmensspezifische Projektarbeit und eine mündliche Abschlusspräsentation geplant. Die Weiterbildung umfasst rund 95 Lehrgangsstunden, wobei zehn Präsenztage vorgesehen sind.

i Weitere Informationen und Anmeldung unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 14970774, oder bei Martin Holaus, Tel. 0621 5905-1821, martin.holaus@pfalz.ihk24.de.

Zum konkreten Austausch über verschiedene CSR-Projekte und -Strategien organisieren die IHKs Pfalz, Rhein-Neckar und Darmstadt weiterhin ihre CSR-Frühstücksreihe.

i Infos hierzu unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 122313.

INFOS

Zielgruppe: Fach- und Führungskräfte in allen Branchen und Unternehmensgrößen, die unternehmerische Verantwortung und nachhaltiges Handeln im Unternehmen etablieren wollen.

Termin: ab 25. September 2015, Abschlusstest 11./12. März 2016

Umfang: Rund 95 Lehrgangsstunden, darunter zehn Präsenztage

Ort: Hotel Domhof in Speyer

Kosten: 2.480 €

Abschluss: IHK-Zertifikat

Inhalte: Gesellschaftliche und unternehmerische Herausforderungen, CSR – zentrale Begriffe und Konzepte, CSR-Managementprozesse, Instrumente und Initiativen sowie CSR-Transferarbeit. Zusätzlich zu den Schulungsinhalten sind eine unternehmensspezifische Projektarbeit sowie eine mündliche Abschlusspräsentation vorgesehen.



Aktuelle Angebote

Alle Themen bieten wir Ihnen auch als Inhouse-Seminare an.

Lehrgänge mit IHK-Prüfung

Ausbildung der Ausbilder – Kompakt	16.09.15 – 06.10.15	PS
Ausbildung der Ausbilder – Kompakt	04.11.15 – 02.12.15	PS
Ausbildung der Ausbilder – Vollzeit	15.06.15 – 26.06.15	LD
Ausbildung der Ausbilder für Fachwirte	10.06.15 – 03.07.15	LU
Gepr. Bilanzbuchhalter/-in	10.09.15 – 18.08.17	LU
Gepr. Fachwirt/-in für Büro- und Projektorganisation	03.09.15 – 20.01.17	LU
Gepr. Fachwirt/-in im Gesundheits- und Sozialwesen	08.09.15 – 11.02.17	LU
Gepr. Industriefachwirt/-in	22.06.15 – 24.02.17	LU
Gepr. Industriemeister/-in Schuhfertigung	08.06.15 – 28.04.17	PS
Gepr. Industriemeister/-in Chemie	29.08.16 – 30.09.19	LD
Gepr. Industriemeister/-in Elektrotechnik	29.10.15 – 21.04.18	LU
Gepr. Industriemeister/-in Mechatronik	09.09.15 – 26.05.18	LU
Gepr. Industriemeister/-in Metall	05.12.15 – 06.11.18	PS
Gepr. Industriemeister/-in Schutz- und Sicherheit	09.11.15 – 30.10.17	LU
Gepr. Schutz- und Sicherheitskraft	08.09.15 – 27.02.16	LU
Gepr. Techn. Betriebswirt/-in	09.09.15 – 08.09.17	LU
Gepr. Wirtschaftsfachwirt/-in - Kompakt -	27.02.16 – 24.06.17	PS
Gepr. Betriebswirt/-in - Kompakt -	13.02.16 – 24.06.17	PS

Lehrgänge mit IHK-Zertifikat

Barkeeper/Barista (IHK)	auf Anfrage	LD/LU
CSR-Manager (IHK)	25.09.15 – 12.03.16	SP
EnergieManager (IHK)/European EnergyManager	auf Anfrage	LU
Fachmann für Betriebliches Gesundheitsmanagement (IHK) ...	auf Anfrage	LU
Grundlagen BWL für Nichtkaufleute (IHK)	auf Anfrage	LU

Hochzeitsplaner (IHK) – Kompaktlehrgang	18.07.15 – 25.07.15	RP
Social Media Manager (IHK)	05.09.15 – 05.12.15	
Technik für Kaufleute (IHK)	auf Anfrage	LD/LU
Train the Trainer (IHK)	11.05.15 – 03.06.15	LU

Seminare und Kurzlehrgänge mit IHK-Teilnahmebescheinigung

Mitarbeiterführung	10.06.15	PS
Wirtschaftsenglisch:		
Presentations and Negotiations in English	19.06.15	LD
Management im Büro – Modul 2	25.06.15	LU
Erfolgreiche Vorträge und Präsentationen	30.06.15	PS
Fit for business	23.09.15	PS
Selbstmanagement und Zeitplanung	24.09.15	PS
Wirtschaftsenglisch:		
Telephoning/Business Travels in English	16.10.15	LD
Schweißtechnik – Vollzeit	auf Anfrage	PS

Azubi FIT

Elektrotechnik Grundfertigkeiten	auf Anfrage	PS
Grundlagen der Pneumatik und Hydraulik für Mechatroniker	auf Anfrage	PS
Schweißen für Auszubildende Basisqualifikation	auf Anfrage	PS
Speicherprogrammierbare Steuerungen (SPS)	auf Anfrage	PS

Weiterbildungsangebote weiterer regionaler und überregionaler Anbieter finden Sie im Internet über Datenbanken wie z. B. das Weiterbildungsinformationssystem WIS (www.wis.ihk.de) und die Datenbank KURS der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de). Zudem können Sie sich bei der IHK informieren unter Tel. 0621 5904-1820.

Mit der Cloud auf „Wolke Sieben“?

eBusiness-Lotse



Cloud-Computing ist für viele Unternehmen wenig fassbar. Häufig bleibt unklar, was sich hinter dem Begriff verbirgt. Die kostenfreie Veranstaltung „Mit der Cloud auf „Wolke Sieben“?“ am 12. Juni in Kaiserslautern soll das nun ändern.

Der eBusiness-Lotse Pfalz klärt Unternehmen über die Auslagerung von Daten und Anwendungen in externen Rechenzentren auf. Durch Cloud-Lösungen können Unternehmen Ressourcen einsparen und ihre Flexibilität erhöhen. Doch das Auslagern von Daten und Anwendungen in die Cloud fällt vielen Unternehmen schwer. Sie befürchten, die Kontrolle über die eigenen Daten zu verlieren. Der Aufbau von Vertrauen in die Technologie und den Dienstleister ist daher wichtig. Deshalb informiert der eBusiness-Lotse Pfalz gemeinsam mit dem eBusiness-Lotsen Südwest und der Demando GmbH die Unternehmen der Region über die Grundlagen von Cloud-Lösungen.

Bei der Veranstaltung werden zwei Experten aus Deutschland Lösungsansätze zur Einführung von Cloud-Technologien vorstellen sowie rechtliche Fragen rund um Cloud-Lösungen klären. Zudem wird die Demando GmbH als regionaler Betreiber eines Rechenzentrums gemeinsam mit der IHK Zetis GmbH, Träger des eBusiness-Lotsen Pfalz, aus der Praxis berichten.



Die Veranstaltung findet am 12. Juni, 13:30 bis 16:30 Uhr, bei der IHK Zetis statt. Die Teilnahme ist kostenfrei. Anmeldung unter www.ebusiness-lotse-pfalz.de/veranstaltungen.

„IT uffm Betze“ IT-Sicherheitsinitiative

2005 wurde die IT-Sicherheitsinitiative Kaiserslautern gegründet. Ihr Ziel: Unternehmen aus der Region für IT-Sicherheit zu sensibilisieren. Dazu organisieren die Unternehmen seit 2009 regelmäßig einen Fachkongress im Fritz-Walter-Stadion. Am 24. Juni findet der nächste „IT uffm Betze“ statt.

Sicherheit spielt eine Schlüsselrolle für den Erfolg von Unternehmen, Institutionen und Behörden. Bei Untersuchungen werden immer wieder gravierende Sicherheitslücken festgestellt, die im Widerspruch zu dieser Anforderung stehen. Und dass die Bundesregierung aktuell ein IT-Sicherheitsgesetz verabschiedet, zeigt deutlich, dass die Thematik sehr ernst genommen wird.

Die IT-Sicherheitsinitiative Kaiserslautern wurde im Dezember 2005 von Unternehmen aus der Region Kaiserslautern gegründet und hat heute acht Mitglieder. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen für das Thema IT-Sicherheit zu sensibilisieren, ist eines der Hauptziele der Initiative. Weiterhin will sie das für geeignete Schutzmaßnahmen erforderliche Wissen vermitteln sowie den Erfahrungsaustausch von Unternehmen zur IT-Sicherheit fördern. Dazu stellen die Unterneh-

men regelmäßig bei regionalen Fachveranstaltungen Expertenwissen zur Verfügung.

„IT uffm Betze“ am Mittwoch, 24. Juni 2015, 9 bis 16:30 Uhr, Themen:

- Datensicherung für Unternehmen
- Daten weg? Möglichkeiten einer Datenrettung
- „NGN“ Next Generation Network
- Aktuelle Sicherheitsbedrohungen und Technologien zur Abwehr
- Trends in der Videoüberwachung
- IT-Police / Cyber-Police



Kostenlose Anmeldung unter www.it-uffm-betze.de
Bernd Heß, IHK Zetis GmbH,
Tel. 0631 303-1232, hess@zetis.de,
www.zetis.de

Innovationspreis

BME prämiert innovative Leistungen und Konzepte

Auch in diesem Jahr zeichnet der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) erfolgreiches Einkaufs- und Logistikmanagement in Unternehmen mit dem „BME-Innovationspreis“ aus.

Mit dem seit 1986 ausgelobten „BME-Innovationspreis“ werden innovative Leis-

ZETIS-TERMINE

Seminare

- 17. Juni** *Der perfekte Arbeitstag – Wie Sie Ihr persönliches Timing finden, 490 Euro*
- 18. Juni** *Optimierung von Energiesteuer-Erstattungen für produzierende Unternehmen, 290 Euro*
- 23. Juni** *IT-Sicherheit kompakt für kleine IT-Organisationen, 590 Euro*
- 25. Juni** *Marktforschung mit Bordmitteln, 490 Euro*

Kostenfreie Infoveranstaltungen

- 10. Juni** *Webcheck-Tag in Kaiserslautern*
- 10. Juni** *Arbeitgeberattraktivität, Pirmasens*
- 16. Juni** *(Social) Recruiting – Von Stellenausschreibung und Suchwegen, Ludwigshafen*
- 30. Juni** *Perspektive Personal*

Alle Termine, sofern nicht anders angegeben, finden in Kaiserslautern statt. Weitere Infos und Anmeldung unter www.zetis.de/veranstaltungen und bei Viktoria Braun, Tel. 0631 303-1235, braun@zetis.de

tungen und Konzepte von Anwenderunternehmen prämiert, die die Effizienz von Einkauf und Logistik dauerhaft steigern und so das Unternehmensergebnis nachweislich verbessern. Angesprochen werden Einkaufs- und Logistikabteilungen aus Industrie, Handel und dem Dienstleistungssektor. Die eingereichten Arbeiten können sowohl in deutscher als auch englischer Sprache verfasst werden und sollten einen Umfang von je 20 Seiten nicht überschreiten. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2015.

Die offizielle Bekanntgabe und die Verleihung des Preises findet im Rahmen des 50. BME-Symposiums Einkauf und Logistik vom 11. bis 13. November 2015 in Berlin statt.



Weitere Informationen erteilt
Bianka Blankenberg, BME,
bianka.blankenberg@bme.de

Designpreis

Bewerbungsfrist bis 10. Juli

Das Wirtschaftsministerium lädt Unternehmen, Designer und Studenten ein, sich mit ihren Produkten, Studien und Konzepten für den Designpreis Rheinland-Pfalz zu bewerben.

Mit dem Designpreis Rheinland-Pfalz werden seit 1994 hervorragend gestaltete Serienprodukte der Industrie und des Handwerks sowie Konzepte und Systemlösungen ausgezeichnet. Im besonderen Fokus des diesjährigen Wettbewerbs steht die Berücksichtigung des „Cradle-to-Cradle-Prinzips“, einer Gestaltung, die den vollständigen Produktkreislauf im Blick behält. Insgesamt werden maximal sieben Preise vergeben, davon maximal zwei Auszeichnungen für „Design Talents“.

Bis zum 10. Juli müssen alle vollständigen Unterlagen digital zur Vorauswahl beim Kompetenzzentrum für Gestaltung, Fertigung und Kommunikation der Handwerkskammer Koblenz, eingegangen sein. Ansprechpartner bei der Handwerkskammer Koblenz ist Diplom-Designer Christoph Krause, Tel. 0261-398 582, christoph.krause@hwk-koblenz.de.



Die Ausschreibungsunterlagen gibt es auch beim Designforum Rheinland-Pfalz unter www.descom.de

IHK-RECYCLINGBÖRSE

Suchen Sie gebrauchte Paletten, Bildschirme, Lösungsmittel, Chemikalien, Kunststoffe oder Ähnliches? Dann können Sie in der IHK-Recyclingbörse kostenlos recherchieren. Oder haben Sie selbst Recyclingware anzubieten? Durch ein kostenloses Inserat in der Börse ist womöglich gleich ein Abnehmer gefunden. Die IHK-Recyclingbörse bietet eine komfortable, deutschlandweite Online-Recherche für Anbieter und Nachfrager von Sekundärrohstoffen. Die IHK-Recyclingbörse ist kostenlos, unbürokratisch, ressourcenschonend und effizient.

www.ihk-recyclingboerse.de

Ihre Ansprechpartnerin ist Petra Ihringer,
Tel. 0621 5904-1611, petra.ihringer@pfalz.ihk24.de



Compliance: mehr als nur „nice to have“

Welchen Nutzen haben feste Compliance-Regeln?

Compliance – das betrifft Sie nicht? Doch: Nichtbeachtung gesetzlicher, fachlicher oder ethischer Vorschriften, Korruption oder sogar Betrug – solche Vorwürfe können ein Unternehmen in Bedrängnis bringen. Eine negative Berichterstattung in der Öffentlichkeit und eine Gefährdung der Reputation treffen natürlich nicht nur große, sondern genauso auch kleine und mittlere Unternehmen. Oder sogar noch härter.

Ein strafrechtliches Verfahren kann ein Großunternehmen oftmals besser verkraften als ein kleineres. Natürlich kann sich niemand gegen jede Eventualität absichern, schon gar nicht gegen ausgesprochen kriminelle Energie, aber man kann einiges tun, um die Wahrscheinlichkeit solcher Ereignisse zu reduzieren. Eine verantwortungsvoll gelebte Compliance soll hierzu beitragen.

Compliance ist im internationalen Geschäftsleben heute schon sehr wichtig. Besonders weil Compliance alle Mitarbeiter in einem Unternehmen betrifft, sind verbindliche Compliance Regeln für ein Unternehmen ein gutes Instrument, um konformes Verhalten zu verankern. Dieses Signal erreicht nicht nur die Belegschaft, sondern es setzt auch Zeichen nach außen, und das ist gerade auf internationalem Parkett nicht nur „nice to have“, sondern fast schon Voraussetzung für funktionierende und nachhaltige Geschäftsbeziehungen. Das meint zum Beispiel Nachhaltigkeits-Experte Rainer Michalik, Leiter Integriertes Management und Nachhaltigkeit der KSB Gruppe in Frankenthal und Vorsitzender des Außenwirtschaftsausschusses der IHK Pfalz.

Im internationalen Geschäft hält Michalik Compliance für unabdingbar, besonders wenn nicht nur die Geschäftsbeziehungen international sind, sondern man im Ausland auch eigene Niederlassungen unterhält, dort Werke besitzt oder ausländische Mitarbeiter beschäftigt. „Sie haben es oft mit Ländern zu tun, wo sich der Rechtsrahmen immer wieder verändert – und meist eher verschärft. So kann es passieren, dass plötzlich eine behördliche Verfolgung beispielsweise von Umweltverstößen einsetzt, nachdem solche oder ähnliche Vorfälle lange Zeit stillschweigend geduldet worden waren“, so der Experte.

Doch auch im nationalen Bereich fordern immer mehr Geschäftspartner, insbesondere Großunternehmen, den Nachweis von vorhandenen Compliance-Regeln auch von ihren kleineren Partnern. Und immer öfter nicht nur allein von ihnen, sondern auch weiterführend in der Lieferantenkette.

Ein treuherziges „Das wusste ich nicht“ wird von Stakeholdern nicht als Entschuldigung akzeptiert. Ein Verhalten, wie zum Beispiel üppige Geschenke zu machen, Schmiergelder zu zahlen, das andernorts vielleicht noch praktiziert wird, gilt in Deutschland schon lange nicht mehr als Kavaliärsdelikt und wird sehr streng geahndet. Wenn es dann im konkreten Fall so weit ist, dass man seine Unschuld beweisen muss, ist es oftmals schon zu spät. Dann ist es von großem Vorteil, wenn man im Rahmen seines Compliance Managements die Punkte Prävention, Korrektur, Information, Kommunikation und Dokumentation nachweisen kann.



Kleinere und mittlere Unternehmen befinden sich oftmals in einer Zwickmühle, denn typischerweise sind sie besonders von Flexibilität statt Formalismus geprägt. Es herrscht ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Geschäftsleitung und Belegschaft, gepaart mit einer oftmals informellen Regelung von Problemen und Verantwortungsbereichen.

Zukünftig ist aber davon auszugehen, dass der gesetzgeberische Druck auf kleinere und mittlere Unternehmen zur Einführung von dokumentierten Compliance-Regeln und deren Kontrolle steigen wird. Schließlich kann sich unser stark international und exportorientierter Mittelstand nicht erlauben, sich dieser (auch) globalen Rechtsentwicklung zu entziehen. Compliance ist somit kein Selbstzweck, sondern wird von den verschiedensten Stakeholdern von jedem Unternehmen erwartet. Hier ist in manchen Unternehmen manchmal ein Umdenken das Gebot der Stunde, rät Rainer Michalik. *Kira Hinderfeld*

Compliance im Ausland

Was heißt das?

Compliance ist ein Thema, mit dem sich Unternehmen nicht nur in Deutschland, sondern in jedem Land, in dem sie geschäftlich aktiv sind, befassen müssen. Compliance-Anforderungen bestehen in verschiedenen Ländern bereits beim Eintritt in den Markt und erstrecken sich auf komplexe Themen wie u. a. die vertragliche Gestaltung von Rechtsverhältnissen, die Beschäftigung von Mitarbeitern im Ausland und die Durchsetzung von Ansprüchen vor Ort. Die Nichtbeachtung lokaler Anforderungen kann zu gravierenden Nachteilen führen und den Erfolg einer Investition im Ausland erheblich gefährden.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Compliance-Risiken bei einer Geschäftstätigkeit im Ausland ist die frühzeitige und intensive Auseinandersetzung mit den in den einzelnen Ländern geltenden Bestimmungen und Anforderungen notwendig, um Haftungsrisiken für das Unternehmen auszuschließen und den Erfolg

einer Investition im Ausland nicht zu gefährden. Mit zunehmender Internationalität nimmt die Komplexität innerhalb einer Unternehmensgruppe zu. Knappe Managementkapazitäten, fehlende Transparenz und die divergierenden nationalen Regelungen sind typische Merkmale, die sich im Zuge der Globalisierung verstärken – bei gleichzeitiger Zunahme der Risiken.

Für die Geschäftsleitung jedes Unternehmens ist es unverzichtbar, sich vertieft mit dem Thema Compliance auseinanderzusetzen, über ein Risikomanagementsystem nachzudenken und gegebenenfalls ein solches zu entwickeln, das speziell auf die Bedürfnisse des jeweiligen Unternehmens zugeschnitten ist.

Besonders im Bereich des Außenwirtschaftsrechts ist die Schaffung einer innerbetrieblichen Exportkontrolle in allen exportierenden Betrieben zwingend erforderlich. Selbst wenn es solche Kontrollsysteme gibt, ist nie völlig auszuschließen, dass ein exportiertes Produkt letztlich in falsche Hände gerät. Dann allerdings ist es wichtig, auf diese Situation vorbereitet zu sein und gegenüber den Behörden sowie den Medien darlegen zu können, dass von Unternehmensseite alles Denkbare getan wurde, um einen solchen Missbrauch zu vermeiden. Aus diesem Grund sollte auch frühzeitig der Kontakt zur zuständigen Behörde, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (www.bafa.de) hergestellt und Zweifelsfragen offen angesprochen werden.



Allgemeine Informationen zum Thema finden Sie auch im Internet unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 117613

COMPLIANCE

Der Begriff Compliance bezeichnet die Summe aller Maßnahmen, die das regel- und gesetzes-konforme Verhalten eines Unternehmens und seiner Mitarbeiter in der täglichen Praxis sicherstellen und Fehlverhalten vorbeugen helfen. Darin eingeschlossen ist auch die Beachtung vertraglicher Vereinbarungen und freiwillig eingegangener Selbstverpflichtungen – insbesondere unternehmensinterne Regelwerke.

Wirtschaftsreise

Delegation in Südamerika

Vom 19. bis 25. April reiste eine Wirtschaftsdelegation aus Rheinland-Pfalz nach Südamerika, um Geschäftskontakte zu knüpfen und die bestehenden Kontakte vor Ort auszubauen.

Die Gruppe bestand aus Vertretern von 13 Unternehmen, davon sechs aus der Pfalz, und wurde von einer politischen Delegation begleitet, zu der unter anderem die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (3. v. r.), Landtagspräsident Joachim Mertes (2. v. r.) sowie der Präsident der IHK Pfalz, Willi Kuhn (2. v. l.), zählten.

An den beiden Zielorten der Reise, der chilenischen Hauptstadt Santiago und der Stadt Natal im Nordosten Brasiliens, führten die Firmenvertreter Kooperationsgespräche mit ausgewählten einheimischen Unternehmern, während die politische Delegation in Gesprächen mit Entscheidungsträgern der Gastgeberländer für eine engere wirtschaftliche Kooperation mit Rheinland-Pfalz warb.



In Natal, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Norte, wurden zudem anlässlich des Besuchs der Delegation eine Kontaktstelle des Landes Rheinland-Pfalz sowie ein Projektbüro der Deutsch-Brasilianischen Industrie- und Handelskammer Rio de Janeiro eröffnet. Damit wurde die seit einigen Jahren bestehende politische Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Rio Grande do Norte weiter vertieft.

Philippinen im Aufschwung

Interview mit Peter Kompalla Geschäftsführer der AHK Philippinen



Peter Kompalla, Geschäftsführer der AHK Philippinen

Nach einer sehr positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren sind die Philippinen heute eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaften Asiens. Zugleich sind die ausländischen Direktinvestitionen allein im Zeitraum 2011 bis 2013 um über 90 Prozent gestiegen. Ein Gespräch mit Peter Kompalla, Geschäftsführer der AHK Philippinen, über die Fortschritte des einstigen Entwicklungslandes zum starken Schwellenland.

Was hat Sie an der wirtschaftlichen Entwicklung der Philippinen am meisten beeindruckt?

Die Konsequenz, mit der die Regierung seit der Wahl von Präsident Bengino Aquino 2010 die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. Sie hat den Staatshaushalt saniert, sodass es jetzt solide öffentliche Finanzen gibt, und die Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen deutlich verbessert.

Die philippinische Wirtschaft wuchs in den vergangenen drei Jahren jeweils um über sechs Prozent. Welche Sektoren bieten das größte Potenzial?

Für die nächsten zwei Jahre prognostiziert die Weltbank sogar ein Wachstum von über sieben Prozent, das wäre führend in der Region. Dies resultiert aus einem Leistungsbilanzüberschuss, starken Auslandsinvestitionen und den Rücküberweisungen von Filipinos aus dem Ausland, die zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.

Immenses Potenzial gerade für deutsche Lieferanten haben die Bauwirtschaft und die Lieferanten von Bauausrüstungen wegen der großen Infrastrukturmaßnahmen. Der Medizin- und Gesundheitsmarkt ist fast vollständig ein Importmarkt, weshalb er ebenfalls sehr große Chancen bietet. Hinzu kommen die stark wachsenden Sektoren Umwelt- und Energietechnik sowie Nahrungsmittel.

Das Gewähren des neuen Handelspräferenzprogramms durch die EU (GSP+) soll die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Profitieren davon auch deutsche Unternehmen?

Von GSP+ profitieren gerade Einkäufer in Deutschland. Sie können den Beschaffungsmarkt auf den Philippinen sondieren und feststellen, dass es hier zum Beispiel eine große Zahl von Lieferanten im Bereich Automotive gibt, was vielen Unternehmen in Deutschland gar nicht bewusst ist. Der Wegfall der Einfuhrzölle macht die Philippinen als Handelspartner noch attraktiver.

Bei den Philippinen denkt man aber auch an mangelnde Rechtssicherheit, wie der jahrelange Streit um den Hauptstadtflughafen in Manila gezeigt hat. Was sind die größten Risiken für deutsche Unternehmen?

Die rechtlichen Institutionen sind noch nicht voll entwickelt, aber auf einem sehr guten Weg. Die drei größten Risiken, die wir häufiger beobachten, sind erstens mangelnde Vorbereitung auf dem hiesigen Markt, zweitens die Wahl der falschen Geschäfts- und

Dienstleistungspartner und drittens der Export von Produkten, für die es hier noch keinen Bedarf gibt. Großes Potenzial geht mit Risiken einher. Diese sind aber abwendbar, nicht zuletzt durch Informationen, Marktanalysen und Beratungen unserer Kammer.

Eine Ihrer AHK-Dienstleistungen ist das ‚Office-in-Office‘. Worum handelt es sich dabei?

Mit Office-in-Office unterstützen wir vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die in den Markt einsteigen wollen, aber kein Budget für den Aufbau eigener Strukturen von Anfang an haben. Die Unternehmen haben einen festen Mitarbeiter, der nur für sie arbeitet, der aber unsere Infrastruktur sowie Kapazitäten nutzt. Damit hat das Unternehmen eine geringe Kapitalbindung und umgeht Lizenzierungsverfahren, das komplizierte Buchhaltungssystem, den Aufbau einer Rechtsform usw. So kann es sich bei minimalen Risiken eine eigene Struktur aufbauen.

Bitte ergänzen Sie: „Der philippinische Markt bietet sich für deutsche Unternehmen als Investitionsstandort und Absatzmarkt an, weil ...“

... der Markt stetig wächst, die Filipinos einen sehr guten Ausbildungsstand und ausgezeichnete Englischkenntnisse haben, es hervorragende Sonderwirtschaftszonen mit separater Zollabwicklung gibt und die Regierung attraktive Förderkonditionen für ausländische Investoren gewährt.



© Christopher Howey/fotolia.de

VERANSTALTUNGEN

22. Juni
6. Juli

China - Energieeffizienz, 10 bis 16:30 Uhr, Ludwigshafen, kostenfrei
Weinexport nach China, 10 bis 15 Uhr, Ludwigshafen, 120 Euro

Ihre Ansprechpartnerin ist Petra Trumpf, Tel. 0621 5904-1901, petra.trumpf@pfalz.ihk24.de

Wenn zwei sich streiten ...

Der IHK-Schlichtungsausschuss hilft bei Streitigkeiten während der Ausbildung

Unpünktlichkeit, Schwänzen, Diebstahl: Wenn bei Auszubildenden Gespräche und Abmahnungen keine Wirkung zeigen, bekommen sie im schlimmsten Fall die Kündigung. Umgekehrt wird manchmal ein Ausbildungsverhältnis zu Unrecht gekündigt. Ein Schlichtungsverfahren kann beiden Parteien den Gang zum Arbeitsgericht ersparen. Der Schlichtungsausschuss der IHK Pfalz ist die erste Anlaufstelle für Auszubildende und Betriebe bei Unstimmigkeiten während der Ausbildung.

Der Erfolg des Ausschusses spricht für sich: In fast zwei Drittel der seit 2002 geführten Schlichtungsverhandlungen einigten sich Azubis und Betriebe gütlich auf einen Vergleich. Im Jahr 2014 konnte der Schlichtungsausschuss von insgesamt 36 Verfahren 22 – das sind mehr als 60 Prozent – außergerichtlich regeln: Eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht wurde vermieden. Das ehrenamtliche Engagement der erfahrenen Schlichterinnen und Schlichter – ein Arbeitgeber- und ein Arbeitnehmer-Vertreter, denen ein juristischer Experte und Schriftführer der IHK Pfalz zur Seite steht – entlastet die Arbeitsgerichte und führt zu Lösungen, die beide Seiten zufriedenstellen. Dabei ist das Verfahren ebenso unkompliziert wie schnell: In der Regel findet der Schlichtungstermin bereits innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung statt.

Die rechtliche Grundlage für den IHK-Schlichtungsausschuss ist § 111 Absatz 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes. Der Ausschuss wird nur auf Antrag des Auszubildenden oder des Auszubildenden tätig, und zwar erst dann, wenn die Bemühungen der Vertragspartner, selbst zu einer Verständigung zu kommen, ohne Erfolg geblieben sind. Vor dem Arbeitsgericht muss in jedem Fall der Schlichtungsausschuss angerufen werden. Die Schlichtungsverhandlung ist nicht öffentlich und gebührenfrei.

Zurzeit stehen neun Ausschussmitglieder – fünf von der Arbeitnehmer-, vier von der Arbeitgeberseite – der IHK Pfalz ehrenamtlich zur Verfügung. Rund drei bis vier Schlichtungen, die je etwa eine Stunde dauern, werden durchschnittlich pro Monat bei der IHK Pfalz angesetzt und an einem Termin verhandelt. Die Schlichter haben sich vorher bereits in die Fälle eingelese. Zum Termin kommen dann Auszubildende und Auszubildende sowie ihr juristischer Beistand, manchmal sitzen die Betroffenen oder die Juristen auch allein vor den Schlichtern.

Was sich juristisch anhört, verbirgt in seinem Kern den menschlich verständlichen Wunsch, einen Streit während der Ausbildungszeit für beide Parteien einvernehmlich beizulegen – für die ehrenamtlich tätigen Schlichter eine hohe Motivation. Werner Hafenmayer – einer der Arbeitgebervertreter und bis zu seiner Pensionierung bei einem mittelständischen Unternehmen in Ludwigshafen tätig – könnte seinen Ruhestand genießen, aber er hat sich für das Ehrenamt entschieden: „Ich war und bin in der Ausbildung und für die IHK tätig“, so der aktive Ruheständler, der seit

vielen Jahren im Schlichtungsausschuss ist, „da lag es nahe, mich auch in diesem Bereich zu engagieren.“ Er beobachtet, dass in den Gesprächen einiges auf den Tisch kommt, was aus Abmahnungen und Kündigung nicht hervorgeht. Oft klären sich vor dem Schlichtungsausschuss auch Missverständnisse zwischen den Streitenden. „Man braucht viel Fingerspitzengefühl und Erfahrung“, so Hafenmayer.

Christian Möckel von der Arbeitnehmerseite, beruflich als Gewerkschaftssekretär beim DGB Region Vorder- und Südpfalz tätig, sieht das ähnlich. Er vergleicht die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses mit einer Mediation: „In diesem Ausschuss tätig zu sein, ist für mich eine Herzensangelegenheit, weil die Auszubildenden nicht immer einen juristischen Beistand haben.“ Es gebe oft Fälle, in denen die Azubis allein zur Schlichtung kämen, da sei es notwendig, sie tatkräftig zu unterstützen, ihre Rechte zu wahren und ihnen den Rücken zu stärken. Auch Christian Möckel ist vor allem wichtig, bestehende Ausbildungsverhältnisse zu bewahren und dass es wieder eine Gesprächsbasis für die Streitenden gibt.

Wenn im Schlichtungsverfahren juristische Fragen zu klären sind, stellt Heinrich Jöckel, Leiter des Geschäftsbereichs Recht bei der IHK Pfalz, sein Fachwissen zur Verfügung. „Die größten Vorteile der Schlichtung sind, dass wir zeitnah arbeiten können, Arbeitsgerichtsprozesse vermieden werden und die Jugendlichen nicht vor einem Gericht erscheinen müssen, sondern



Ehrenamtlicher
IHK Pfalz-
Schlichter:
Werner Hafen-
mayer vertritt die
Arbeitgeberseite.



Stärkt den
Auszubildenden
den Rücken:
Christian Möckel
vertritt die Ar-
beitnehmerseite.



IHK-Justitiar
Heinrich Jöckel
organisiert die
Schlichtungen
und steuert den
juristischen Sach-
verstand bei.



ihre Anliegen in angenehmer Atmosphäre vorbringen können.“ Häufig gehe es in Schlichtungen um fristlose Kündigungen, und die könne man in vielen Fällen abwenden. „Oft finden wir im Gespräch zurück zu einer gemeinsamen Basis, sodass der Vertrag zumindest bis zum Ende der Ausbildung hält.“ Heinrich Jöckel findet den pragmatischen Ansatz interessant: „Die Schlichtung geht weit über das Juristische hinaus und verlangt allen Beteiligten viel Einfühlungsvermögen ab. Wir üben damit eine wichtige Funktion aus, die auch anerkannt wird.“ *Marion Raschka*



Ihr Ansprechpartner bei der IHK Pfalz ist Heinrich Jöckel, Tel. 0621 5904-2010, heinrich.joeckel@pfalz.ihk24.de. Weitere Infos unter www.pfalz.ihk24.de, Dokument-Nr. 18245.

Seminar

Gewerberaummietrecht

Die IHK Pfalz bietet gemeinsam mit der IHK Rhein-Neckar am Donnerstag, den 25. Juni, ein kostenpflichtiges Seminar zum Gewerberaummietrecht für gewerbliche Vermieter und gewerbliche Mieter an.

Die Veranstaltung findet von 14 bis 17:30 Uhr im Dienstleistungszentrum der IHK Pfalz in Ludwigshafen statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 60 Euro. Das Seminar gibt einen Überblick über die neueste Rechtsprechung zur Wirksamkeit von Vertragsklauseln, Schriftform des Mietvertrags, Mietanpassung, Betriebskosten, Mängel der Kaufsache und Konkurrenzschutz. Thematisiert werden auch Mietsicherheiten und die Beendigung des Mietverhältnisses. Bei dieser Veranstaltung kooperiert die IHK Pfalz mit der Karlsruher Rechts- und Steuerkanzlei Hannemann, Eckl und Moersch. Der Referent, Rechtsanwalt Thomas Hannemann, ist Experte für gewerbliches Mietrecht. Er ist Herausgeber und Autor zahlreicher einschlägiger Werke aus dem Bereich des Mietrechts.



Anmeldung bitte per Fax 0621 5904-2014 oder heiko.lenz@pfalz.ihk24.de

Treffen der Registergerichte

Erfahrungsaustausch in Handelsregistersachen

Die IHK Pfalz begrüßte am 16. April die Rechtspfleger der Registergerichte der Pfalz sowie Vertreter der Handwerkskammer aus Kaiserslautern zum Erfahrungsaustausch im Haus der Wirtschaft in Ludwigshafen.

Die IHK und die Handwerkskammer als berufsständische Organe unterstützen in vielfältiger Weise die Registergerichte bei der Pflege des Handelsregisters als öffentliches Unternehmensverzeichnis, das dem Geschäftsverkehr als wichtiges Publizitätsmittel dient. Das Handelsregister soll vor allem der Sicherheit des Geschäftsverkehrs dienen, indem darin gewisse tatsächliche und rechtliche Verhältnisse eingetragen werden (zum Beispiel die genaue Firmenbezeichnung, der Sitz des Unternehmens, Inhaberbeziehungen, eventuelle Haftungsbeschränkungen und die Vertretungsberechtigten Personen). Das Handelsregister genießt, in ähnlicher Weise wie das Grundbuch, öffentlichen Glauben. Das bedeutet, dass der gutgläubige Rechtsverkehr in seinem Vertrauen auf die Rich-



tigkeit der Eintragungen und Bekanntmachungen geschützt wird.

Ebenso vertreten bei dem regen Austausch waren Notare aus der Pfalz. Die Notare stehen mit ihrer Beratungs- und Beurkundungsfunktion bei Unternehmensgründungen oder Satzungsänderungen an erster Stelle im Eintragungsverfahren.

Der Erfahrungsaustausch soll in erster Linie dazu dienen, aktuelle Rechtsprechung zu firmenrechtlichen, aber auch gesellschaftsrechtlichen Fragen zu diskutieren, zum anderen aber auch, um Verfahrensabläufe zu besprechen und zu verbessern. Ziel ist hierbei immer die Beschleunigung und Entbürokratisierung des Handelsregisterverfahrens.

Kündigungsschutzklage

Vorformulierter Klageverzicht unwirksam



Ein vom Arbeitgeber vorformulierter Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage in einer Ausgleichsquittung mit der Überschrift „Arbeitspapiere“ stellt eine überraschende Klausel dar und ist daher unwirksam.

Erhält der Arbeitnehmer für den Klageverzicht keine Gegenleistung, liegt zudem

eine unangemessene Benachteiligung des Arbeitnehmers vor. Dies hat das Bundesarbeitsgericht in seiner Entscheidung vom 25.09.2014, Az.: 2 AZR 788/13, geurteilt.

Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis mit dem Kläger ordentlich aus

krankheitsbedingten Gründen. Der Arbeitnehmer erhob fristgerecht Klage, da er die Kündigung als sozial ungerechtfertigt ansah. Die Beklagte argumentierte, der Kläger habe um die Kündigung gebeten und im unmittelbaren Anschluss an die Übergabe der Kündigung eine ihm vorgelegte Ausgleichsquittung unterzeichnet, mit welcher er auf die Erhebung einer Kündigungsschutzklage verzichtet habe.

Das Arbeitsgericht hatte die Klage abgewiesen. Das Landesarbeitsgericht hingegen gab dem Arbeitnehmer Recht. Das BAG bestätigte die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts. Der Kläger habe nicht wirksam auf die Erhebung der Klage verzichtet. Der Verzicht sei als überraschende AGB-Klausel nicht Vertragsbestandteil geworden. Die Klausel sei schon nach dem äußeren Erscheinungsbild des Schreibens so ungewöhnlich, dass der Kläger nicht mit ihr zu rechnen brauche. So sei der Klageverzicht weder in einem eigenen Abschnitt enthalten, noch sonst vom übrigen

Text deutlich abgesetzt durch Schriftart, –größe, Fettdruck oder Unterstreichung. Die Ausgleichsquittung erwecke daher den Anschein, dass der Kläger nur den Empfang quittieren solle.

Darüber hinaus stelle der formularmäßige Verzicht auf die Erhebung einer Kündigungsschutzklage ohne Gegenleistung eine unangemessene Benachteiligung dar. Der Beklagte verfolge damit das Ziel, seine Rechtsposition ohne Rücksicht auf die Interessen des Klägers zu verbessern, indem er diesem die Möglichkeit entziehe, die

Rechtswirksamkeit der Kündigung gerichtlich überprüfen zu lassen.

Ein formularmäßiger Klageverzicht ohne jede arbeitgeberseitige Kompensation, zum Beispiel in Bezug auf den Beendigungszeitpunkt, die Beendigungsart, die Zahlung einer Abfindung oder den Verzicht auf eigene Ersatzansprüche, sei daher in der Regel unzulässig.



Ihr Ansprechpartner ist Heiko Lenz
Tel.: 0621-5904-2020
heiko.lenz@pfalz.ihk24.de

PRAXISTIPP

Die Ausgleichsquittung enthält regelmäßig eine Empfangsbestätigung und eine Ausgleichsklausel. Ausgleichsklauseln müssen sich deutlich von anderen bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses abgegebenen Erklärungen abheben. Dies kann durch besondere Kennzeichnung, zum Beispiel im Druck, geschehen. Arbeitgebern wird empfohlen, die Ausgleichsklausel auf einem gesonderten Blatt unterschreiben zu lassen, das keine weiteren Erklärungen enthält. Wer auf Nummer sicher gehen will, sollte den Arbeitnehmer vor Unterzeichnung auf die Bedeutung der Ausgleichsklausel hinweisen und dies auch dort vermerken. In jedem Fall muss mit einem Klageverzicht des Arbeitnehmers eine Kompensation, die nicht unbedingt eine Geldleistung sein muss, verbunden sein.

INFOVERANSTALTUNG

Am 12. Mai 2015 fand die Informationsveranstaltung „Neueste Rechtsprechung im Handelsvertreterrecht“ vor zahlreichen Zuhörern im Dienstleistungszentrum der IHK Pfalz in Ludwigshafen statt. Der Referent, Rechtsanwalt Dr. Philipp Bollacher, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht aus der Kanzlei RB Reiserer Biesinger Rechtsanwalts-gesellschaft mbH aus Heidelberg, informierte zahlreiche interessierte Teilnehmer über rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten bei Handelsvertreterverträgen. Erörtert wurden die wesentlichen Grundsätze des Handelsvertreterrechts und die aktuelle Rechtsprechung. Zahlreiche Fragen der Teilnehmer bezogen sich auf die Beendigung des Handelsvertretervertrags, insbesondere die Berechnung des Ausgleichsanspruchs.



Ihr Ansprechpartner ist Heiko Lenz, Tel. 0621-5904-2020, heiko.lenz@pfalz.ihk24.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, 67059 Ludwigshafen Ludwigsplatz 2-4, Tel. 0621 5904-0, Fax 5904-1204 www.pfalz.ihk24.de

Verantwortlich:

Sabine Fuchs-Hilbrich M.A.

Redaktion:

Sabine Fuchs-Hilbrich M.A. Tel. 0621 5904-1200 sabine.fuchs-hilbrich@pfalz.ihk24.de Petra Moscato M.A. Tel. 0621 5904-1205 petra.moscato@pfalz.ihk24.de

Verlag:

IHK-Magazin Pfalz GbR Sitz: Landau c/o ProVerlag GmbH Ilsenklinger Weg 18 69509 Mörlenbach

Beteiligungen:

An der Finanzierung dieses Unternehmens sind mit mehr als 5 v. H. am Kapital wirtschaftlich beteiligt oder verfügen über mehr als 5 v. H. der Stimmrechte: ProVerlag Zeitschriften und Kommunikationsmedien GmbH, Mannheim, und pva Druck und Medien-Dienstleistungen GmbH, Landau/ Pfalz.

Verlagsmanagement:

Norbert Bleuel Ilsenklinger Weg 18 69509 Mörlenbach Tel. 06209 71400, Fax 7140-44 bleuel@proverlag.de www.proverlag.de

Layout und Herstellung:

DTP-Studio, Michael Bechtold Schlesierstraße 54b 69509 Mörlenbach Tel. 06209 7140-40, Fax 7140-44

Anzeigen-Marketing und verantwortlich für Anzeigen:

ProVerlag GmbH, Norbert Bleuel Ilsenklinger Weg 18 69509 Mörlenbach Tel. 06209 7140-0, Fax 7140-44 bleuel@proverlag.de

Anzeigenverkauf:

Ursula Knecht, Weinheim Tel. 06201 986898-15

Druck:

pva Druck und Medien-Dienstleistungen GmbH Industriestr. 15, 76829 Landau/ Pfalz Tel. 06341 142-0, Fax 142-265

Anzeigenpreisliste:

Nr. 8 vom 1. Januar 2015 Erscheinungsweise: 10 x pro Jahr

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Wirtschaftsmagazin Pfalz ist das offizielle Organ der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz. Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.

Nicht-IHK-Mitglieder können das Magazin im Jahresabonnement beziehen (10 Ausgaben, 31 Euro + 7% MwSt.). Das Abonnement läuft zunächst für ein Jahr ab Bestellung und verlängert sich automatisch um ein weiteres, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der IHK dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Luka Mucic übernimmt Vorstandsvorsitz

Verein Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar



Luka Mucic, Mitglied des Vorstands der SAP SE, ist neuer Vorstandsvorsitzender des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar. Er übernimmt das Ehrenamt von Albrecht Hornbach, Vorstandsvorsitzender der Hornbach Holding AG, der vier Jahre an der Spitze des Vereins stand.

Als **Unternehmensvertreter** wird sich Hornbach auch künftig im Vereinsvorstand engagieren. Das Gremium mit seinen 16 hochkarätigen Mitgliedern ist im Zuge der gemeinschaftlichen Regionalentwicklungsarbeit in der Rhein-Neckar-Region Plattform für den strategischen Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

Mucic (43) wuchs im badischen Walldorf auf und studierte Rechtswissenschaften an der Universität Heidelberg sowie Wirtschaftswissenschaften an der Mannheim Business School. Er begann 1996 seine berufliche Laufbahn bei Europas größtem Software-Hersteller SAP. Nach mehreren Führungspositionen ist Mucic seit Juli 2014 Finanzvorstand und Chief Operating Officer des Unternehmens. Im Vorstand



des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar engagiert sich der Manager seit April 2014.

Ebenfalls neu im Vorstand der Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar ist Dr. Jochen Keysberg. Er verantwortet im Vorstand des Mannheimer Engineering- und Servicekonzerns Bilfinger SE unter anderem die Segmente „Building“ und „Facility Services“. Zugleich ist der promovierte Bauingenieur Arbeitsdirektor des Unternehmens. Keysberg folgt auf Joachim Müller, der sein Amt im Vereinsvorstand zum 31. März 2015 niederlegte.

 www.m-r-n.com

MRN stellt Bildung in den Fokus

Umfrage zum Bildungsengagement in der Wirtschaft


Das Thema Bildung steht im Fokus einer neuen Initiative des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein Neckar e.V. und seines neuen Vorsitzenden Luka Mucic (SAP SE). Bereits bei der Staffelstabübergabe des Vorsitzes von Albrecht Hornbach vor wenigen Wochen sagte Mucic, dass ein besonderer Schwerpunkt in den nächsten Jahren auf dem Thema „vernetzte Bildung“ liegen soll.

Dass es viele staatliche Bildungseinrichtungen gibt, ist bekannt. Weniger bekannt ist die Tatsache, dass auch viele Betriebe eigene Bildungsangebote haben oder

Schulen und Vereine in vielfältiger Weise fördern. Nur: Wer fördert wen, wo liegen die Schwerpunkte – und an welcher Stelle gibt es möglicherweise Nachholbedarf?

Unternehmen können durch ihre Teilnahme an einer Umfrage unter www.bildungsstudie-m-r-n.de ihr Engagement im Bildungsbereich festhalten. Für die Unternehmen liegt der Vorteil darin, dass ihre Bildungsprojekte über den aus der Umfrage resultierenden Bildungsatlas inner- und außerhalb der Region veröffentlicht werden. Mit dem Bildungsatlas soll die Bekanntheit der Region weiter erhöht und

ein Schritt in Richtung bundesweite Modellregion für vernetzte Bildung getan werden. Ebenso kann die Studie helfen, die eigenen Angebote zielgenauer zu gestalten und Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Unternehmen oder Stiftungen zu identifizieren.

 Angela Ulrich, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit; hochschule.praelab@arbeitsagentur.de
Thilo Sekol, Metropolregion Rhein-Neckar GmbH; thilo.sekol@m-r-n.com

Die Kammern in Rheinland-Pfalz

Im Dialog mit der Politik beim Parlamentarischem Abend

Mehr als 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und den in Kammern organisierten Berufen sind der Einladung von 17 Kammern in Rheinland-Pfalz in den Mainzer Landtag gefolgt. Die Kammern haben ihren ersten gemeinsamen Parlamentarischen Abend unter das Motto „Herausforderung Fachkräftebedarf“ gestellt.

Gemeinsam mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer sowie den Vertretern der Landtags-

fraktionen Alexander Schweitzer (SPD), Julia Klöckner (CDU) und Daniel Köbler (Bündnis 90/Die Grünen) diskutierten die Vertreter der 17 Kammern über Ursachen, Auswirkungen und Strategien zur Sicherung von Fachkräften unter den Vorzeichen des demografischen Wandels.

So unterschiedlich die Kammern auch sein mögen: Es eint sie vieles. Allen Kammern gemeinsam ist die Sorge um den be-



ruflichen Nachwuchs in den eigenen Berufen oder Branchen. Aber auch die Sicherung der Ausbildungsqualität liegt ihnen am Herzen – und zwar sowohl in der akademischen als auch in der betrieblichen Ausbildung. Beispielhaft kamen während der Diskussionen die Sicherung des Meisters, die Qualitätsstandards der Studienabläufe sowie die Zugangsvoraussetzungen zur Berufsausübung zur Sprache.

In Rheinland-Pfalz repräsentieren die Kammern als Selbstverwaltungsorganisationen rund 355.000 Unternehmen und etwa 20.000 freiberuflich Tätige. Sie erwirtschaften jährlich Umsätze in Höhe von 212 Milliarden Euro. Rund 1,3 Millionen Menschen finden in Unternehmen der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und bei Freiberuflern Arbeit. Davon erhalten knapp 74.000 junge Menschen als Auszubildende eine berufliche Perspektive durch Qualifikation.

Während ihres ersten gemeinsamen Parlamentarischen Abends haben die Kammern in Rheinland-Pfalz darüber hinaus eine gemeinsame Infobroschüre vorgestellt. Sie gibt einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben und das Selbstverständnis der Kammern.



Gesundheitsförderung

KMU-taugliche Regelungen

Berlin. Verbesserte Beratungsangebote und unbürokratische, finanzielle Unterstützung sind gerade für kleine und mittlere Unternehmen wichtig, um die betriebliche Gesundheitsförderung weiter zu verbreiten.

Das hat der DIHK Ende April in einer Anhörung des Bundestagsgesundheitsausschusses deutlich gemacht, bei der es um den Gesetzentwurf zur Gesundheitsförderung und Prävention ging. Dabei warnte die DIHK-Expertin davor, die regional heute schon knappen Ressourcen der Betriebsärzte durch weitere Aufgaben in der Gesundheitsförderung zu überlasten und die Kosten für die Unternehmen in die Höhe zu treiben. Der Entwurf sieht vor, dass die Krankenkassen verpflichtet werden, ihre Ausgaben für betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention deutlich auszuweiten. Förderungsfähige Maßnahmen in den Betrieben sollen kassenübergreifend nach einem einheitlichen Verfahren zertifiziert und Betriebsärzte stärker einbezogen werden. Außerdem sollen die Krankenkassen regionale Koordinierungsstellen einrichten, die insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben Beratung und Unterstützung anbieten. Der DIHK sieht in den Industrie- und Handelskammern geeignete Partner für solche regionalen Koordinierungsstellen.

Schwarmfinanzierung

Nachteile abgewendet

Berlin. Schwarmfinanzierung oder Crowdfunding, das heißt das Einsammeln vieler kleiner Beträge über das Netz, gewinnt gerade für innovative Unternehmen immer mehr an Bedeutung.

Das Kleinanlegerschutzgesetz der Regierung hätte jedoch schnell das Ende für diesen Markt bedeuten können, etwa durch das geplante Werbeverbot im Internet. Der DIHK hatte bei Bundesfinanzmi-

nisterium und Parlament vor einer Beschädigung dieses Instruments gewarnt. Auf den letzten Metern hat der Finanzausschuss das Gesetz nun schließlich noch bei zentralen Streitpunkten korrigiert. So wurde das Werbeverbot wieder zurückgenommen, und Anleger müssen die Produktinformationen auch nicht, wie zunächst geplant, ausdrucken, händisch unterschreiben und dann per Post zurückschicken.

Zuwanderung erleichtern

Integration stärken

Berlin. Mit dem Drei-Punkte-Sofortprogramm „Migration und Berufliche Bildung“ setzt sich der DIHK für eine bessere Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen ein.

Junge Menschen aus Nicht-EU-Ländern sollen leichter für eine Ausbildung nach Deutschland kommen und ausländische Studienabbrecher unkompliziert eine Ausbildung aufnehmen können.

Flüchtlinge, die hier einen Ausbildungsvertrag abschließen, müssen zumindest für die dreijährige Ausbildung und eine zweijährige Anschlussbeschäftigung sicher vor Abschiebung sein. Das Drei-Punkte-Sofortprogramm bildet die zentrale Forderung des vom DIHK vorgelegten Maßnahmen-

bündels zur Fachkräftesicherung „Zuwanderung weiter erleichtern, Integration im Interesse der Wirtschaft stärken“.



IN ARBEIT

Juli/August 2015



Speiseeis – typisch Pfalz?

Landau hat einen, Herxheim und Speyer auch, nicht gerechnet die vielen Cafés und Konditoreien: einen passionierten Gelatiere, der Speiseeis herstellt: Ob traditionell Schoko und Vanille oder trendig Basilikum-Limette – cremiges Speiseeis passt optimal zur pfälzischen Genussphilosophie und das nicht nur, weil man die Pfalz auch die Toskana Deutschlands nennt. Außerdem ist das kühle Vergnügen ein Wirtschaftsfaktor – nicht nur zur Sommerzeit.



PC-Prüfungen

Von den 80 IHKs bundesweit nutzen derzeit rund 50 die Möglichkeit, Prüfungen per PC anzubieten – Tendenz steigend. Das spart auf der einen Seite jede Menge organisatorischen Aufwand bei den Kamernern. Auf der anderen Seite profitieren auch die Prüflinge von der elektronischen Abwicklung. Mehr als 75.000 Prüfungsteilnehmer haben ihre Prüfung schon online abgelegt. Das Procedere ist einfacher und schneller, spart also Zeit und Kosten. Deshalb wird auch das Angebot an PC-Prüfungen kontinuierlich ausgebaut.

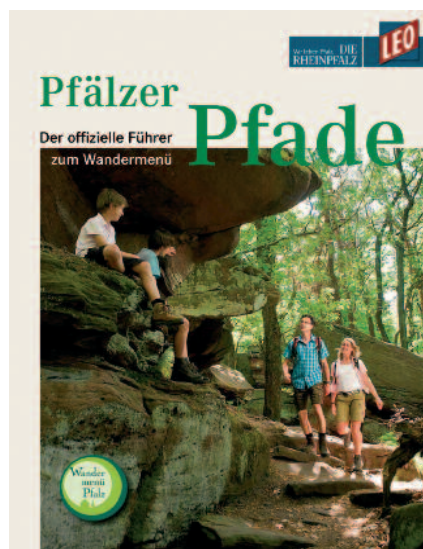
Brezelfest in Speyer

Vom 9. bis 14. Juli lockt die Domstadt wieder zahlreiche Brezelbegeisterte mit Jubel, Trubel und Heiterkeit auf die Festwiese unterhalb des Speyerer Doms. Eine gute Gelegenheit, um dem Speyerer Nationalgebäck die Ehre zu erweisen und dabei noch Jahrmarktatmosphäre zu schnuppern. Fünf Tage lang geht es rund auf dem Festplatz, wo Riesenrad, Geisterbahn und Autoscooter nicht nur die Jugend in ihren Bann schlagen. Zudem gibt es gemütliche Biergärten, ein großes Festzelt und tägliche Live-Musik auf drei Bühnen.

www.brezelfest-speyer.de



Pfälzer Pfade



Wie macht man Wanderbegeisterte glücklich? Man serviert ihnen ein fein abgestimmtes Wandermenü. Dazu nimmt man eine Vielzahl an Touren-Karten, Fotos und Höhenprofile und packt sie in einen Wanderführer. Das LEO-Buch Pfälzer Pfade, das in Zusammenarbeit mit der Pfalz.Touristik entstanden ist, liefert insgesamt 32 Tourenvorschläge, die zum Teil in Etappen unterteilt sind. Von Halbtags- Tages- und Mehrtagestouren bis hin zu drei Fernwanderwegen reicht die Bandbreite. Einen zusätzlichen Service bieten QR-Codes, mit denen sich die Daten der Wanderungen auf das Smartphone downloaden lassen.

www.shop.rheinpfalz.de

Hilfe-App

Wer sich in Rheinland-Pfalz im Wald verletzt, kann über eine spezielle Smartphone-App künftig schneller Hilfe holen. Über die GPS-Funktion kann der Verunglückte den nächsten sogenannten Rettungspunkt im Wald ausmachen und diesen an die Rettungsdienste durchgeben. Dadurch kann er geortet und umgehend versorgt werden. Die App richtet sich nicht nur an Wanderer, Jogger und Radfahrer, sondern auch an Förster, Jäger und Waldarbeiter. Nutzer von Android- und Windows-Smartphones finden die App unter dem Namen „Hilfe im Wald“ als Download in den jeweiligen Stores.

www.mwvlw.rlp.de

